

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Vergangenheit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 13. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonntagsbeilage 50 Pfennig, Restomasse 2.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festschriftliche Wort 35 Pfennig

Wenigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschlaf, Berlin SW 68, Lindenstraße, abgeben werden.

Die Krisenfürsorge.

Erhebliche Besserungen erreicht. — Annahme gesichert.

Nachdem Regierung und Regierungsparteien es abgelehnt hatten, die von der Sozialdemokratie beantragte Verlängerung der Bezugsdauer für die Erwerbslosen durchzuführen, wurde am Freitag abend vom Reichstag dem sozialpolitischen Ausschuss der Entwurf eines Gesetzes über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose überwiesen, in dessen Beratung der Ausschuss sofort eintrat.

1. Die Krisenfürsorge ist nicht nur den jetzt zur Aussteuerung kommenden Erwerbslosen, sondern auch all denen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind.

2. Die Warteszeit ist fortgefallen für alle Erwerbslosen. Infolge der Anträge der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder wurden zu diesen Verbesserungen im Ausschuss noch folgende Vorteile erzielt. In besonderen Härtefällen kann die Krisenfürsorge auch solchen ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt werden, die vor dem 1. April ausgesteuert worden sind, wenn in ihrem Bezirk oder ihrem Beruf besonders lange Erwerbslosigkeit bestanden hat.

3. Die Krisenfürsorge ist nicht nur den jetzt zur Aussteuerung kommenden Erwerbslosen, sondern auch all denen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind.

4. Die Krisenfürsorge ist nicht nur den jetzt zur Aussteuerung kommenden Erwerbslosen, sondern auch all denen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind.

5. Die Krisenfürsorge ist nicht nur den jetzt zur Aussteuerung kommenden Erwerbslosen, sondern auch all denen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind.

Kommunistische Lügen — und die Wahrheit.

Ebenso wie die Deutschnationalen sehen auch die Kommunisten in der Not der Erwerbslosen nur ein billiges

Agitationsmittel. Mit Unbehagen verfolgen sie die Arbeit der Sozialdemokratie, deren Ziel die weitestgehende Erleichterung der Lage der Erwerbslosen ist.

Den unermüdeten Bemühungen der Sozialdemokratie ist es schließlich gelungen, die Vorlage wesentlich zu verbessern und ihr einen Inhalt zu geben, der einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand darstellt.

1. Die Kommunisten behaupten, daß durch die Krisenfürsorge „große Massen der ausgesteuerten Erwerbslosen jeder Unterstützung beraubt werden“. Tatsache ist, daß die ausgesteuerten Erwerbslosen bisher nur von der Wohlfahrtspflege, und zwar vielfach mangelhaft, unterstützt wurden.

2. Die Kommunisten behaupten, daß die ausgesteuerten Erwerbslosen „eine verschärfte Prüfung der Bedürftigkeit und des Arbeitswillens durchmachen müssen“. Tatsache ist, daß die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung derartige Absichten hatte, daß es aber der Sozialdemokratie gelungen ist, diese Bestimmungen zu beseitigen.

3. Die Kommunisten behaupten, daß die Unterstützungsdauer, die durch die Sozialdemokratie im Frühjahr 1926 auf 52 Wochen verlängert wurde, jetzt auf 39 Wochen verkürzt werden soll. Tatsache ist, daß die Unterstützungsdauer von 52 Wochen bestehen bleibt, und erst nach Ablauf dieser Zeit die Krisenfürsorge einsetzt.

4. Die Kommunisten behaupten, daß „ganze Berufsgruppen von der Unterstützung ausgeschlossen werden sollen“. Auch diese Behauptung ist un wahr; es bleibt bei den bisherigen Bestimmungen über den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

5. Die Kommunisten behaupten, daß „Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung ihren Anteil von 25 Proz. an der Krisenfürsorge nicht aufbringen können“. Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie erreicht hat, daß die Gemeinden statt 50 Proz. nur 25 Proz. der Kosten der Krisenfürsorge tragen.

Diese trockene Gegenüberstellung der Lügen der Kommunisten und der wirklichen Tatsachen zeigt am besten, wie die Arbeit der Sozialdemokratie für die ausgesteuerten Erwerbslosen zu bewerten ist.

Verständigung von Fall zu Fall.

Einverständnis der Mittelparteien.

Die Regierungsparteien nahmen am Freitag in einer interfraktionellen Besprechung von den Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Kenntnis. Es handelt sich hier um die Absicht des Reichskabinetts, von Fall zu Fall mit der Sozialdemokratie über die Verabschiedung von Regierungsvorlagen durch den Reichstag und über geplante Regierungsmassnahmen Rücksprache zu nehmen.

Die im Gegensatz hierzu von einem Teil der bürgerlichen Presse verbreiteten Meldungen über irgendwelche Verhandlungen der Regierung mit der Sozialdemokratie wegen einer Erweiterung des jetzigen Kabinetts sind falsch.

Zentrum und Volkspartei.

Das Geplänkel beim Nachtragsetat.

Bei der Beratung des ersten Nachtragsetats zum Reichsverkehrsministerium im Reichshaushaltsauschuss war vor einigen Tagen, wie wir berichtet haben, ein scharfer Konflikt zwischen den Regierungsparteien, insbesondere zwischen Zentrum und Volkspartei, entstanden.

Im Lauf der Beratung erklärten die Zentrumsvertreter, daß sie im Einklang mit der bisherigen Übung grundsätzlich neue Planstellen nur in den jeweiligen Hauptetat bewilligen und daher diesen Nachtragsetat ablehnen würden.

Wesentlich für die Gemeinden sind außerdem zwei Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes, die jederzeit in das geltende Gesetz zur hineinramen, weil man mit der definitiven Regelung zum 1. April 1927 bestimmt rechnete.

Baldwin will ein Ende machen.

Auch ohne Zustimmung der Zechenbesitzer.

London, 12. November. (W.B.) Die Grubenbesitzer haben heute vormittag eine Erklärung veröffentlicht, in welcher eine etwas kritische Stellungnahme zu der in Vorschlag gebrachten Regelung im Kohlenkonflikt zum Ausdruck kommt.

Die Verammlung der Bergarbeitervertreter hat sich bis morgen früh 10 Uhr verlagert.

Der Finanzausgleich.

Ein Provisorium.

Von Stadtkämmerer Bruno Uch.

Die Erwartung der deutschen Länder und Gemeinden, daß zum 1. April 1927 festere und dauerhaftere Grundlagen für ihre Finanzwirtschaft durch die Verabschiedung des in Aussicht gestellten Finanzausgleichsgesetzes geschaffen und damit eine den Erfordernissen der öffentlichen Körperschaften entsprechende Finanzpolitik auf längere Sicht eingeleitet werden würde, hat getrogen.

Es muß daher bereits jetzt zum Ausdruck gebracht werden, daß, wenn man auch notgedrungen sich mit der Hinauszögerung um ein Jahr wird abfinden müssen, jeder Versuch, den Termin weiter zu verschieben, vom Reichstag mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden sollte.

Das Provisorium, das nunmehr zur Durchführung gelangen soll, beschränkt sich im großen und ganzen auf den bestehenden gesetzlichen Zustand, bringt aber den Ländern und Gemeinden nicht unwesentliche Verschlechterungen, die sich wahrscheinlich in erster Linie zum Nachteil der bereits unter der gegenwärtigen Regelung angelegten des Anstehens der sozialen Lasten unzulänglich beteiligten Gemeinden auswirken werden.

Bei der Erhebung sowohl aus wirtschaftlichen wie aus steuerlichen Gründen durchaus unerwünscht ist. Die Steuer hat in den Gemeinden, die sie erheben, ein sehr erhebliches finanzielles Ergebnis gebracht, ihr Mangel liegt nur darin, daß nach geltendem Recht die Neueinführung nicht gestattet war, wodurch sich der schwierige Zustand ergab, daß die Steuer in der einen Gemeinde zur Erhebung gelangte, in der anderen nicht, und daß sich dadurch nicht unerhebliche Nachteile sowohl für den Steuerfiskus als auch für das örtliche Gewerbe ergeben haben.

Dafürhalten eine Neuregelung sein, durch welche die Bestimmung über den Wegfall der Steuer ab 1927 beseitigt und ähnlich wie bei der Lustbarkeitssteuer ein Obligatorium zur Einführung in allen Gemeinden geschaffen werden würde.

Die Berechtigung zur Erhebung des Zuschlages zur Grundbesitzabgabe müßte ebenfalls in der gegenwärtigen Art beibehalten werden, weil man in einem Zeitpunkt, in dem man den Gemeinden bei steigender Belastung keine neuen Einnahmen auf steuerlichem Gebiete gibt, nicht auch noch bestehende Rechte verschlechtern kann. Schon jetzt geht landau, landab die Klage über die unerträgliche Inanspruchnahme der Realsteuern durch die Gemeinden, und es ist kein Zweifel möglich, daß tatsächlich in vielen Städten schwerste Lasten dadurch auferlegt werden, durch die bei der Grundvermögenssteuer zahlreiche proletarische Existenzen schwer belastet, bei der Gewerbesteuer insbesondere die Kleingewerbetreibenden usw. sehr erheblich in Anspruch genommen werden. Jede Kürzung der steuerlichen Einnahmen der Gemeinden aber führt bei den gegenwärtigen Verhältnissen mit absoluter Sicherheit zu einer weiteren schärferen Anspannung der Realsteuern, und schon aus diesem Grunde sollte sich der Reichstag, der inzwischen wohl einen deutlicheren Einblick in die schwere Finanznot der meisten Gemeinden und Länder gewonnen haben dürfte als bei der im Zeichen des Kampfes gegen die angebliche Verschwendung der Gemeinden stehenden letzten Gesetzesberatung über den Finanzausgleich, nachdrücklich und wirksam dieser Forderungen annehmen. Mehr denn je sind die Gemeinden heute die Stellen, die die Schwere der wirtschaftlichen Nöte weitest Kreise der Bevölkerung am unmittelbarsten und stärksten empfinden, sie müssen aber auch endlich finanziell in den Stand gesetzt werden, die ihnen vom Reichsgesetzgeber übertragene Aufgabe der öffentlichen Fürsorge so zu erfüllen, daß das Elend der Massen mehr als bisher gemildert und das wertvollste Gut eines Volkes, seine Menschen, über die Zeit der Not hinweg pfleglich behandelt und erhalten werden kann.

Ein altpreussischer Geheimrat . . .

möchte Berlins Staub von den Stiefeln schütteln.

Im Ausschuss für Bevölkerungspolitik des Preussischen Landtags kam am Freitag eine große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die Kollage der Krankenkassen zur Verhandlung. Der Vertreter des preussischen Wohlfahrtsministeriums, Geheimrat Hoffmann, wies alle Beschwerden als unbegründet ab. Entweder schützte er die reichsgesetzlichen Bestimmungen vor oder — bei den Landkrankenkassen — meinte er seelenruhig, daß die Versicherten selbst lieber geringere Beiträge zahlen als die gesetzlichen Mindestleistungen empfangen möchten; die Entbindungen gingen auf dem Lande in der Regel leichter vonstatten, und die Wochenhilfe auf dem Lande sei überhaupt nicht so notwendig.

Vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen wurde die rückständige Haltung des Wohlfahrtsministeriums lebhaft unterstellt. Frau Abg. Rirschmann (Soz.) und der Abg. Bräuer (Soz.) traten dem kräftig entgegen. Bräuer verlas zur Charakterisierung des Herrn Geheimrats Hoffmann den folgenden Brief vom 8. Dezember 1918:

„Sehr geehrter Herr S. . . In diesen schweren Zeiten legt man sich öfter an den Schreibtisch als sonst, um seinen Gedanken einen sichtbaren Ausdruck zu geben. Es gibt so viel zu erörtern, das man nicht recht weiß wo anzufangen. Wer sich von der Republik und der Herrschaft der Sozialdemokraten goldene Berge und eine herrliche Zukunft versprochen hat, wird schon in der kurzen Zeit eines Besseren belehrt sein.“

Ganz besonders hat mich die Bewegung interessiert, die jetzt im Westen in der Richtung einer

Lösung der Rheinisch-Westfälischen Republik

von Preußen in die Erscheinung tritt. Sie kann durch die Franzosen naturgemäß sehr gefördert werden. Der Gedanke, von der Berliner Kultur, die von Juden, De-

serteuren und Spießbuben in Szene gesetzt wird, loszukommen, ist verlockend, nicht minder — nach vier Hungerjahren

Welkbrod und Fett en masse

zu haben und

mit den Kriegsteuern verköhnt

zu werden. Es wäre mir sehr interessant, von Ihnen aus nächster Nähe von den Dingen näheres zu erfahren, zumal ich, wie Sie vielleicht wissen, Münsteraner von Geburt und von rheinländischen Eltern geboren bin. Mein Bruder wohnt in Düsseldorf, er ist Geheimrat Medizinalrat an der Düsseldorfer Akademie. Sie werden demnach verstehen, daß mir das Schicksal meiner Heimat besonders nahe geht, zumal, wenn man daran denken könnte, eines Tages den Berliner Staub von den Stiefeln zu schütteln. rez. Hoffmann.“

Der Wohlfahrtsminister Hirtfelder, dessen Personalpolitik überhaupt ein schwarzes Blatt der preussischen Regierungspolitik ist, täte klug daran, Herrn Geheimrat Hoffmann zu veranlassen, den Berliner Staub möglichst rasch von den Stiefeln zu schütteln. Es wird wahrhaftig Zeit, daß dieser alt-preussische Beamte verschwindet!

Frack mit Orden.

Etwas für Herrn Dr. Rütz.

Aus München wird uns geschrieben:

Ende November finden in München aus Anlaß des hundertjährigen Jubiläums der Verlegung der Universität Landshut nach München offizielle Feiern statt. In der Reihe der Festlichkeiten, die von der Regierung, der Stadt München und den Universitätsbehörden ausgehen, ist auch für den 27. November im Hofrathsaal ein „Festbankett“ vorgesehen, zu dem die Veranlasser, Ministerpräsident Dr. Held im Namen der Staatsregierung, und der Stadtrat München an eine große Zahl von Personen Einladungen verschickt haben. Trotz der Massenbeteiligung scheint dieses Bankett sehr exklusiv wirken zu sollen, denn die Einladungskarten vermerken die strenge Kleidervorschrift: „Frack mit Orden“.

Den Einladern muß selbstverständlich genau bekannt sein, daß an dieser Kleidervorschrift aus dem monarchistischen Obrigkeitssinn eine Anzahl der eingeladenen Persönlichkeiten Anstoß nehmen und es als unerträglich empfinden, daß offizielle Behörden anlässlich eines Höflichkeitstages die selbstverständliche Rücksichtnahme auf diejenigen, die es mit dem Artikel 109 der Reichsverfassung wirklich ernst nehmen, in trasser Weise außer Acht lassen. Ja, man gewinnt sogar den Eindruck, als ob der Ministerpräsident und der Erste Bürgermeister der Stadt München in holdseliger parteipolitischer Harmonie es mit Absicht darauf angelegt haben, einen Teil der eingeladenen direkt herauszufordern. Reubarischer Staats-Knigge! Denn schließlich kann man doch nicht annehmen, daß Herr Dr. Held der Auffassung huldigt, als ob durch diese seine lächerlich kleinliche Demonstration gegen die Republik auch nur der geringste Abbruch geschieht.

Die kommunistische Verlustliste.

Die linken Kommunisten im Reichstag.

Im Anschluß an unsere Mitteilungen über den Ausschluß der Reichstagsabgeordneten Urbahns, Scholem und Schwan aus der kommunistischen Partei haben wir seinerzeit mitgeteilt, daß die ausgeschlossenen Oppositionellen im Reichstag demnächst eine Fraktion der „Berräter“ bilden können. Die „Rote Fahne“ hat wie gewöhnlich darauf mit einem müden Geklimps reagiert und eine ausführliche Widerlegung unserer Angaben in Aussicht gestellt, ohne sie leider zu bringen. Jetzt liegt im Reichstag seit einigen Tagen eine Liste „Linke Kommunisten“ aus. In diese zeichnen sich folgende Diätenempfänger ein: Frau Scholle (Ruth Fischer), Kay, Korsch, Schlagewehr, Scholem, Schwan, Schwarz, Tiedt und Urbahn. Es fehlt nur der von uns als schon verlorengegangen bezeichnete Reddemeier. Ein gütiges Geschick hat ihn der KPD. und

damit dem revolutionären Proletariat vorläufig noch erhalten. Dafür steht aber ein weiterer Zuwachs für die „Fraktion der Berräter“ in Aussicht, denn der Ausschluß von Schüll und Schlicht steht unmittelbar bevor. Man sieht, wieviel das Getöse der „Roten Fahne“ wert ist.

Deutschnationaler Föderalismus.

Erklärung gegen Eugenberg.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: Von der Deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages wird uns geschrieben:

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Eugenberg veröffentlicht im „Tag“ einen Auszug aus seinem demnächst erscheinenden Buch „Streiflichter“, in dem er die Verschmelzung der preussischen und der Reichsminister und die Verlegung der preussischen Legislative in den Reichstag empfiehlt. Die Deutschnationale Landtagsfraktion legt Gewicht auf die Feststellung, daß sie diesen Vorschlag in vollem Umfange ablehnt. Er ist nach ihrer Ansicht undurchführbar, wird den gewollten Einspariserfolg nicht haben und widerspricht durchaus der föderalistischen Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei.

Mecklenburgs Notstandsaktion.

Der Erfolg der Linksbürgerung.

Schwerin, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauptauschuss des mecklenburgischen Landtags nahm am Donnerstag und Freitag zu den Nachtragsplänen und dem Steuerentlastungsprogramm der mecklenburgischen Regierung Stellung. Der außerordentliche Nachtragsplan, der 13 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung vorsieht, wurde nach heftigen Kämpfen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volksparteier verabschiedet. Auch bei dem Steuerentlastungsprogramm entspann sich eine lebhafteste Debatte. Mit allen Mitteln versuchte der vormalige deutschnationale Finanzminister v. Dergan, die 3,7 Millionen vom Reich überwiesenen Beiträge auf Grund des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes restlos den Großgrundbesitzern und der Großwirtschaft als Steuerentlastung zuzuführen. Die Sozialdemokratie verlangte aus diesen Mitteln einen größeren Beitrag zur Linderung der sozialen Not des kommenden Winters. Schließlich wurde folgendes Regierungsprogramm von Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bäckischen und der Volkspartei angenommen:

1. Für die Linderung der Not werden 1 Million M. bereitgestellt. 2. Zur Steuerentlastung nach sozialen Gesichtspunkten werden 2 Millionen M. zur Verfügung gestellt. 3. Das Land verzichtet für das Jahr 1927 auf die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer soll den Städten zugesichert werden. 4. Die Landessteuern sollen für das kommende Wirtschaftsjahr nach sozialen Gesichtspunkten umgeändert werden. 5. Die fälligen Landessteuern für den 15. November 1926 werden bis zum 3. Januar 1927 gestundet. Die am 15. Februar 1927 fälligen Steuern sollen am 10. März 1927 erhoben werden. Die gleichen Fristen gelten auch für die Beschwerdefristen der Mietzinssteuer.

Nochmals das Fürstenvermögen.

Zu der Erklärung des Genossen Kurt Rosenfeld gegen den Genossen Paul Hirsch teilt uns Genosse Otto Braun mit: Genosse Rosenfeld hat im preussischen Kabinett niemals einen Antrag auf Enteignung der Hohenzollernvermögen gestellt.

Gegen den Sozialismus erlassen die megalomane Bischöfe eine Erklärung, die die vom früheren Präsidenten Obregon befandene Vorliebe für den Sozialismus zum Anlaß nimmt, um zu sagen, es würden die gleichen Folgen wie in Rußland eintreten, wenn die sozialistischen Doktrinen die Oberhand gewinnen. Obregon hatte kürzlich betont, daß die katholische Kirche für den gegenwärtigen Kulturkampf verantwortlich sei und ihren Einfluß auf die Volksmassen verlieren würde.

Schmutz und Schund.

Von Jodot.

Der: Die Bohmung des Vorsitzenden einer Schmutz- und Schundprüfungskammer.

Personen: Der Vorsitzende und seine Frau.

Zeit: Die Zukunft.

Der Vorsitzende blättert in einem Buch, seine Frau blättert in der Zeitung. Zwischendurch unterhalten sie sich.

Die Frau: Die Bäckersfrau erzählte heute, daß in der Nacht der eine von Belers Jungen gestorben wäre.

Der Vors.: Belers — das sind die aus dem Karnickelstall im Hinterhaus?

Die Frau: Ja — er ist an Schwindsucht eingegangen. Soll ja auch ein Skandal sein, wie's da hinten zugeht. Acht Menschen in zwei Zimmern! Die Eltern und vier Jungen und zwei Mädchen. Das älteste Kind ist dabei erst 13 Jahre!

Der Vors.: Sollen nicht soviel Kinder in die Welt setzen.

Die Frau: Was so alles passiert! Da lese ich gerade hier: „Vor dem Jugendgericht hatte sich heute der zwölfjährige Edmund L. zu verantworten. Der Knabe war in den Nachmittagsstunden bei einem hiesigen Kaufmann als Bote beschäftigt gewesen, und es hatte ihm obgelegen, gelegentlich kleinere Beträge zu kassieren. In verschiedenen Fällen konnte ihm die Fälligkeit von Quittungen nachgewiesen werden. Er hatte sich dadurch Vorteile verschafft, die sich zwischen 10 Pfennig und einer Mark bewegten. Den Hintergrund der Verhandlung bildete das Familienleben des jugendlichen Angeklagten. Sein Vater ist seit langer Zeit arbeitslos und seine Mutter liegt krank darnieder. Obgleich Edmund L. leidenschaftlich beteuerte, daß er aus eigenem Antrieb die Fälligkeiten begangen habe und seine Eltern von den Verschulden nichts gemerkt hätten, scheint doch festzustehen, daß er das erschwundene Geld seinen Eltern zukommen ließ. Da der Verdacht besteht, daß diese ihn zu seinen Taten anstifteten, dürfte sich für sie vor dem ordentlichen Gericht nach ein Nachspiel ergeben.“

Der Vors.: Welche ein bedauerliches Bild jugendlicher Gemütsverrohung!

Die Frau: Das hier ist auch interessant. Hör mal: Nach einer bei taupend der Kontrolle unterworfenen Prostituierten vorgenommenen Befragung ergibt sich folgendes Bild ihrer Herkunft: Der größte Progenit — 281 von 1000 — wird von ehemaligen, zum Teil stellunglos gewordenen Fabrikarbeiterinnen gestellt. 227 gaben Kellnerin, 165 Dienstmädchen, 135 Bureaufräulein, 85 Warenhausangestellte, 73 Verkäuferin, 65 Kräftin oder Ballettuse als ihren ursprünglichen Beruf an. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Berufe. Zumeist erklärten die Befragten, schon in jugendlichem Alter ihre Angehörigen verloren zu haben und aus wirtschaftlicher Not auf die Bahn der Prostitution gestossen worden zu sein, oder einen mit Folgen beschwerten Verkehr mit sozialen Vor-

gezeiten oder sozial höhergestellten gehabt zu haben, der sie ihrer normalen Heiratsaussichten beraubt habe.

Der Vors.: Jedenfalls erhellt aus dieser Aufstellung, daß die Prostitution sich aus den moralisch weniger widerstandsfähigen ärmeren Kreisen der Bevölkerung rekrutiert. Und das ist das einzig Erfreuliche an dem sonst so traurigen Kapitel. . . Aber was ist denn das für ein Gebrüll da unten? Ekelhaft, was diese Kinder für einen Krach machen.

Die Frau (geht ans Fenster): Die Jungen von oben spielen mit denen aus dem Nebenhaus. Weißt du, der große Bruder von dem Heinert, von Müllers, der ist in seinem nationalen Verband. Ra, und da hat der kleine was abgeduckt — wie Kinder nun mal sind. Jetzt spielen sie Erschießen.

Der Vors.: Raja — aber das kann man doch auch ruhiger machen.

Die Frau: Uebrigens, weißt du, wer . . .

Der Vors.: (Der das Durchblättern seines Buches fortgesetzt hatte): Das ist aber doch. . . Hab ich mir aber doch gleich gedacht, als ich schon den Autornamen las, daß eine Schweinerei rauskommen würde. Ra, da werd ich aber schön dazwischen fahren. Die Schwarte kommt auf den Indeg.

Die Frau: Was steht denn drin?

Der Vors.: Ach, jene Armeidegeschichte, weißt du. Ein Rädel kommt drin vor, das verführt wird und was Unheilliches kriegt. Drumrum wird von neumodischer Seelenfram gemacht.

Die Frau: Ein Schundroman also?

Der Vors.: Schund will ich nicht mal sagen. Geschrieben ist's nicht schlecht. Aber ich bitte dich: laß mal einen Jugendlichen solch einen Stoff in die Hände bekommen! Welche verrohenden Eindrücke muß sein jugendliches Gemüt empfangen.

Deutsche Nobelpreissträger. Drei deutsche Gelehrte haben auf neue Nobelpreise erhalten, und zwar die Göttinger Professoren James Frank und Paul Herx, die den Physikpreis erhielten, und Prof. Sigmundi von der gleichen Universität, der den Chemiepreis für 1925 erhielt. Die beiden Physiker haben sich in erster Reihe durch ihre Studien über die Elektronen ausgezeichnet, während der Chemiker durch die Erforschung der Kolloide und durch den Aufbau der Kolloidchemie eine ungewöhnliche Bedeutung für die Wissenschaft erlangt hat. Insbesondere ist die Kolloidchemie gerade in den letzten Jahren nicht zum geringsten durch das Verdienst Sigmundis in den Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses gestellt. Mit der Verleihung des Nobelpreises ist Sigmundi in die Reihe der großen deutschen Forscher eingetreten, die bereits Träger des chemischen Nobelpreises sind. Es sind die besten Namen darunter, denn im Jahre 1901 erhielt ihn van 't Hoff, im Jahre 1902 Fischer, im Jahre 1905 Bayer, im Jahre 1907 Buchner, im Jahre 1909 Wilhelm Ostwald, im Jahre 1910 Otto Wallach, im Jahre 1913 Alfred Werner, im Jahre 1915 Richard Willstätter, im Jahre 1918 Fritz Haber, im Jahre 1920 Walter Kernst und im Jahre 1923 Fritz Pregl. Da im Jahre 1916 und 1917 der Chemiepreis

überhaupt nicht zur Verteilung kam und insgesamt 13 deutsche Chemiker mit dem Preise gekrönt wurden, so fällt allein auf die deutsche Wissenschaft mehr als die Hälfte der Nobelpreise für Chemie.

Die beiden Physiker haben auch eine Reihe hervorragender deutscher Gelehrter als Vorläufer ihrer eigenen Ehrengabe aufzuweisen. Im Jahre 1901 erhielt Königen den Preis, im Jahre 1908 Gabriel Lippmann, im Jahre 1911 Wilhelm Wien, im Jahre 1914 Max von Laue, im Jahre 1918 Max Planck, der Begründer der Quantentheorie, im Jahre 1919 Johannes Stark und endlich 1921 Albert Einstein für seine Relativitätstheorie. Es sind also acht deutsche Forscher der Physik, die mit dem Nobelpreis gekrönt wurden.

Die neuen Dichtersakademie. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die Sektion für Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste zu Berliner Mitglieder gewählt: Georg Kaiser, Bernhard Kellermann, Oskar Loerke, Walter v. Rolo, Dr. Wilhelm v. Scholz und Eduard Stucken. Zu auswärtigen Mitgliedern: Hermann Bahr, Dr. Karl Holbe, Hermann Hesse, Dr. Ricardo Huch, Dr. Erwin Guido Kolbenheyer, Heinrich Mann, Dr. Josef Ponten, Artur Schnitzler, Dr. Karl Schönberg, Dr. Emil Strauß, Jakob Wassermann, Franz Werfel. Der preussische Kultusminister hat die Wahlen lobend bestätigt.

Rassia im „Gotha“. Die „Leningradskaja Prawda“ meldet, daß die Redaktion des „Gothaer Almanachs“ sich an den Sowjetpräsidenten Kassin mit der Bitte gewandt habe, für den nächsten Jahrgang Daten über seine Person und seine Kenner zur Verfügung zu stellen, die dann im politisch-diplomatischen Jahrbuch veröffentlicht werden sollen. Das Sowjetblatt widmet dieser Angelegenheit einen in sehr ironischem Ton abgefaßten Artikel, in welchem ein spöttisches Erstaunen darüber ausgedrückt wird, daß der Bauernjohne Michael Kassin der Aufmerksamkeit des „Gothaer“ gewürdigt werde, obgleich keine Geburt — weder durch Heroldsrufe noch durch Fanfaren, sondern nur durch das Brüllen des Viehs — kundgegeben worden sei. Er könne sich auch nicht mit den im Almanach sonst verzeichneten hochgeborenen Personen vergleichen, die schreitende Löwen, springende Leoparden u. a. adlige Tiere im Wappen führten, während er nur mit allen seinen Parteigenossen das schlichte Wappen des Hammers und der Sichel teile.

Ludwig Hartt spricht am Sonntag abends 8 Uhr, im Meißneraal seine: Zeitgedichte, Deutschland, Romancero, Hebräische Melodien, letzte Gedichte.

Amtliche Führungen finden Sonntag, 10 bis 11 Uhr norm. im Neuen Museum (Kegelhalle Götter und Tempel — Dr. Ripper), im Kaiser Friedrich-Museum (Byzantinische Kunst des Mittelalters — Dr. Vollbach) und im Museum für Völkerkunde (Kultus in China und Japan — Direktor J. W. S. Müller) statt.

Der Museumsauschuss gegen das Schmutz- und Schundgesetz will ein Archiv anlegen, um es zum Schutz der geistigen und künstlerischen Freiheit zu verwenden. Die Verwaltung des Archivs hat Dr. Birkenfeld, Bureau des Verbandes Deutscher Erzähler, Berlin W 30, Rürnbergstr. 97/9, übernommen. Dorthin sind Einwendungen zu richten.

Die Festung als Kriegsmuseum. Die beschädigte Peter-Paul-Festung in Leningrad ist nach ihrer Wiederherstellung als historisches Museum eingerichtet worden. Die Kasematten und Bastionen bleiben in der alten Form erhalten und an den Bastionen Petrus des Großen werden Artilleriegeschosse aus seiner Zeit aufgestellt werden.

Der Nachtragsetat.

Plenarberatung im Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurden zunächst die Handelsabkommen mit Finnland und Lettland in 2. und 3. Lesung debattiert.

Darauf wird die 1. Beratung des

Nachtragsetats

fortgesetzt.

Abg. Paeth (Dnl.) wendet sich besonders gegen die heutige Erhebungsart der Gewerbesteuer; die Gemeinden gingen vielfach so rücksichtslos vor, daß die Existenz der Gewerbetreibenden bedroht werde. Der Redner verlangt darüber hinaus eine Ermäßigung der Steuerlast für den gewerblichen Mittelstand.

Abg. Schreiber (Z.) bezeichnet den Schulgesetzentwurf in seiner jetzigen Form für das Zentrum als unannehmbar. Gegenüber dem Abgeordneten Bredt, der sich über die Angriffe des Reichsanwalters gegen die Wirtschaftspartei auf der Erfurter Zentrumsagung beklagt hatte, betonte der Redner, daß in einem parlamentarischen Staatswesen auch ein Reichsanwalt das Recht auf Meinungsfreiheit habe. Mit Schärfe weist er die kulturpolitische Hege der Deutschnationalen zurück, die sich vor allem gegen die Katholiken und das Zentrum richtet. Der Redner fordert die schleunigste Abschaffung des Gesetzes zum Schutz der Jugend gegen Schund und Schmutz. Er bekämpft die Verlängerung der Polizeistunde.

Reichsinnenminister Dr. Külz

erklärt auf eine Anfrage des Vorredners, die Reichsregierung stehe mit den Ländern in Unterhandlungen über die Entschädigung der Lehrkräfte geschlossener Privatschulen. Bei der bevorstehenden Beratung des Gesetzes gegen Schmutz und Schund werde sich zeigen, wie sehr

die Tendenz dieses Gesetzes in der Öffentlichkeit verkannt worden sei (?).

Das Reichsschulgesetz bedürfe gründlichster Vorbereitung. Der Minister hoffe, daß die Vorlage spätestens Anfang des nächsten Monats im Kabinett verabschiedet und im Plenum angenommen würde.

Abg. Roenen (Komm.) wirft dem Reichsfinanzminister vor, daß dessen Politik zur Vereinerlichung des Finanzkapitals geführt habe und das gerade in einem Jahre der Krise. Der Vereinerlichung breiter Massen der Bevölkerung stehe eine steigende Verschwendungssucht der bestehenden Klassen gegenüber. In solcher Zeit dürfe man an keiner Koalitionsregierung teilnehmen. Scharf zu bekämpfen sei die Subventionspolitik für die Industrie.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) führt die günstige Entwicklung der Reichsfinanzen auf die Tätigkeit des jetzigen Reichsfinanzministers zurück. Der Abg. Hergt, deutschnationaler Spezialist für Propaganda (Heiterkeit), habe mit seinem pessimistischen Voraussetzen nicht recht beholten. Die Forderung nach einem Etatsgrundgesetz müsse nach wie vor aufrecht erhalten bleiben. Der Redner wünscht eine Förderung des Handelsvertragswesens. Die jetzige Regelung der Futterstoffe bedürfe dringend einer Veränderung. In der inneren Wirtschaftspolitik müsse vor allem die Initiative des Privatunternehmers zur Geltung kommen. Die privatwirtschaftliche Betätigung der Krankenkassen und der kommunalen Betriebe müsse eingeschränkt werden.

Die weitere Beratung des Nachtragsetats wird hierauf vertagt.

Das Abkommen mit Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und französischer Industrien wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf über eine Arznenfürsorge für Erwerbslose wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Gegen 12 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend mittags 12 Uhr: 2. Beratung der Abkommen mit Frankreich und der Schweiz, 2. Beratung der Arznenfürsorge, Nachtragsetat. Ein Antrag des Abg. Graefe (Dnl.) die Aussprache über die Außenpolitik auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen, wird gegen die Stimmen der Völkischen, der Kommunisten und der Deutschnationalen abgelehnt. Auf die Behauptung des völkischen Redners, daß der Reichsaußenminister Stresemann sich der Aussprache im Reichstag entziehen wolle, erwidert Abg. Cöbe (Soz.), daß Stresemann sich in diesen Tagen ständig zur Verfügung gehalten habe. Nur dem Umstand, daß der Reichstag die Beratung des Nachtragsetats nicht zu Ende geführt habe, sei es zu verdanken, daß die außenpolitische Debatte hinausgeschoben werden mußte.

Neuer deutscher Diplomatenschub.

Ministerialdirektor Riep Votschaftsrat in Washington.

W.B. teilt mit:

Der Generalkonsul in Amsterdam, Prinz Hafffeld, tritt in den einstweiligen Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der Gesandte in Luxemburg, von Guellin, in Aussicht genommen, der durch den Gesandten in Kairo Mertens ersetzt werden wird. An seiner Stelle soll der jetzige Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor von Stöhrer nach Kairo gehen. Es ist beabsichtigt, zu seinem Nachfolger den jetzigen Dirigenten der Personalabteilung vortragenden Legationsrat Dr. Schneider zu ernennen. Außerdem geht der bisherige Gesandte in Kolumbien, von Haefien, in den einstweiligen Ruhestand. Zum Nachfolger ist der bisherige Generalkonsul in Chicago Steinbach in Aussicht genommen, der bereits seit mehreren Monaten den Gesandten von Haefien in Bogota vertritt. Zum Generalkonsul in Chicago ist der vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt Simon vorgesehn. Ferner ist, wie bereits mitgeteilt, beabsichtigt, den Votschaftsrat Dr. Dieckhoff von der Votschaft in Washington für den als Untergeneralsekretär zum Völkerbund übertretenden Votschaftsrat Dufour-Heronce nach London zu versetzen. In seine Stelle wird der bisherige Presschef, Ministerialdirektor Dr. Riep treten.

Kammerbeginn in Paris.

Poincaré drückt die Vertagung aller Anfragen durch.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat nach einer ziemlich lebhaften Debatte mit 365 gegen 207 Stimmen die von Poincaré unter Stellung der Vertrauensfrage verlangte Vertagung sämtlicher Interpellationen bis nach Verabschiedung des Budgets angenommen.

Die Winteression wurde um 3 Uhr unter dem üblichen Zeremoniell eröffnet. Nach Verlesung der 60 vorliegenden Interpellationen verlangte Ministerpräsident Poincaré die unterschiedslose Vertagung sämtlicher Interpellationen. Er führte aus: Das Budget muß vor Jahresabschluss unter Dach und Fach sein. Der Umschwung in unserer finanziellen Lage ist allein der Erfolg unserer Disziplin, von der das Parlament im Juli den Beweis erbracht hat. Aber die geringste Unflughheit kann die Gefahr von neuem heraufbeschwören. Poincaré schloß mit dem Hinweis, daß er an die Vertagung der Interpellationen die Vertrauensfrage knüpft. Von den Parteien antwortete dem Ministerpräsidenten je ein Vertreter. Die sozialistische Fraktion hatte beschlossen, gegen die Vertagung

Die Arbeiter gegen Pilsudski.

Gemeinames Manifest von Partei und Gewerkschaft.

Warschau, 12. November. (Oe.) Der Eintritt der Sozialistenpartei in die Opposition ist das Ereignis des Tages. Gestern haben sich auch die in der Zentralkommission der Berufsverbände zusammengeschlossenen Gewerkschaften dem Vorgehen des sozialistischen Parteivorstandes angeschlossen, was dem Schritt der Partei einen besonderen Nachdruck gibt. Nach einer gemeinsamen Besprechung ist eine vom Parteivorstand, sowie den Gewerkschaften der Eisenbahner, der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Landarbeiter und Drucker beschlossene Erklärung veröffentlicht worden. Sie betont die Solidarität der politischen und der wirtschaftlichen Arbeitervertretung. Beide Gruppen stellen mit großer Besorgnis fest, daß der Einfluß der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer auf die Regierung immer mehr zunehme; der wirtschaftliche Aufbau solle offenbar auf Kosten der Arbeiterklasse vor sich gehen. Ferner wird betont, daß die politische Freiheit die Voraussetzung jeglicher Arbeiterbewegung sei. Daher würden die Gewerkschaften die Sozialistenpartei bei jedem Eintreten für die parlamentarische Demokratie und für die Freiheit des Wortes unterstützen. Endlich enthält die Erklärung noch die gemeinsamen Forderungen der Partei und der Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiet: Erhaltung der Arbeiterschutzesetze, Wiederherstellung der Teuerungszulagen in den Staatsbetrieben, Verbesserung der Arbeitsloshilfe, Aenderung des Steuersystems, Bekämpfung des Preiswuchers und Durchführung der Agrarreform, welche Forderung zwar nur die Ausführung der Verfassung fordert, aber Pilsudskis neue Freunde, die Großgrundbesitzer, direkt trifft.

Weber den Rücktritt des Ministers Moraczewski bzw. seinen Austritt aus der Sozialistischen Partei wird die Fraktion beraten. Dem Beschluß der Sozialisten, morgen der Sejmöffnung

der Interpellationen zu stimmen, weil die Kammer nur deshalb so spät einberufen worden sei, um eine gründliche Debatte des Budgets unmöglich zu machen; wenn die Fraktion heute gegen die Regierung stimme, so habe dieses Votum die Bedeutung eines kategorischen Protestes gegen die Machenschaften Poincarés, der die parlamentarische Kontrolle und überhaupt jede geordnete Tätigkeit im Parlament unterbinde.

Der sozialistische Abg. Faure erklärte in der Debatte, daß die Regierung, indem sie sich absichtlich der Wiedereinberufung des Parlaments möglichst lange widersetze, die Kammer absichtlich in eine falsche Lage gebracht habe. Er erinnerte daran, daß auf Grund der Kammerordnung Interpellationen über die Innenpolitik höchstens um einen Monat verschoben werden dürfen. Der Vorschlag der Regierung sei also unannehmbar. Das Vorgehen der Regierung laufe im Grunde genommen auf einen verhängnisvollen Faschismus und eine parlamentarische Diktatur hinaus. Aus diesen Gründen werde die sozialistische Partei geschlossen gegen die Vertagung stimmen.

Der radikale Daladier wollte vermitteln, indem er die Regierung aufforderte, wenigstens den Freitag jeder Woche für die Interpellationen zu reservieren. Aber auch das lehnte Poincaré ab. Nach einigen Rednern der Rechten, die erklärten, die Politik Poincarés gutzuheißen, wurde zur Abstimmung geschritten, deren Ergebnis oben steht. Sozialisten, Kommunisten, ein Teil der Radikalen und die äußerste Rechte stimmten gegen die Regierung.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz.

Teilnahme der Gewerkschaften.

Genf, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Zur zweiten Tagung der Vorbereitenden Wirtschaftskonferenz, die am Montag beginnt, kommen 35 Sachverständige aus 21 Ländern. Die drei deutschen Sachverständigen sind Staatssekretär von Trendelenburg, Reichstagsabg. Lammer und Genosse Eggert vom ADGB. Das Studienmaterial, das vom Völkerbundssekretariat und vom Internationalen Arbeitsamt gesammelt worden ist, umfaßt 35 Broschüren und Denkschriften, von denen ungefähr die Hälfte auf die industrielle Produktion im allgemeinen und auf die hauptsächlichsten Industrien entfällt: Kohle, Eisen und Stahl, Maschinenindustrie, Textilien, Baumwolle, Wolle, Seide und Kunstseide, elektrische Konstruktionen, Petroleum usw. Eine weitere Zusammenstellung des Internationalen Arbeitsamtes gibt dann einen Überblick über die Arbeitslöhne in den verschiedenen Ländern, nach ihrem Goldwert und ihrer Kaufkraft verglichen.

Das Hauptinteresse wird sich auf das Problem der nationalen und internationalen Kartelle und Trusts konzentrieren, wobei die Frage der Rationalisierung der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Arbeitsmethoden eine bedeutende Rolle spielen wird. Besondere Erörterungen dürften sich dabei über die Frage der Kontrolle der Kartelle entspinnen. Auf dem Gebiet des Handels und der Zölle wird die meiste Aufmerksamkeit der Beseitigung der verschiedenen Dumping-Arten und der sonstigen Handelserschwerungen aus Kriegs- und Nachkriegszeit geschenkt werden. Zur Beratung der landwirtschaftlichen Produktion und Preisbildung hat das internationale landwirtschaftliche Institut Material beigelegt.

Faschisten in Berlin.

Eine Feier in der italienischen Votschaft. — Graf Adrovandi „Chrenfaschist“.

Anlässlich des Geburtstags des italienischen Königs herrschte am Donnerstag in der Viktoriastraße in Berlin ein reges Treiben. In den Räumen der italienischen Votschaft fand nämlich bei dieser Gelegenheit die feierliche Einweihung des „Gagliardetto“ (des faschistischen Wahrzeichens) des neugegründeten Berliner „Fascio“ statt. In den festlich erleuchteten Räumen des Vertreters Italiens in Berlin bewegte sich eine erwartungsvolle Menschenmenge, bestehend aus denjenigen Italienern, die bei jeder Zeremonie dabei sein müssen, und aus solchen, die man ganz gegen ihre antifaschistischen Gefühle zum Besuch dieser Veranstaltung gezwungen hatte, wie z. B. alle Beamten der Votschaft, des Konsulats, der Handelsvertretung usw. Auch sah man hier und da Erscheinungen, die erst in den letzten Tagen zu undurchsichtigen Zwecken aus Italien nach Berlin frisch importiert worden sind, Soldpiken und Geheimagenten des loebten zum Unterstaatssekretär erhobenen Abgeordneten Bastianini, des Generalsekretärs der faschistischen Organisationen im Ausland, also des Leiters des geheimen faschistischen Nachrichten- und Spionagedienstes.

Während der Feierlichkeit wurden drei Reden gehalten: eine vom Votschaftler, dem Grafen Adrovandi-Marescotti,

im Schloß fernzujubeln, haben sich mehrere Fraktionen der nationalen Minderheiten angeschlossen.

Pilsudskis Programm.

In einem Interview, das die amerikanische Zeitung „Ricord“ (Detroit) veröffentlicht, hat Pilsudski wörtlich gesagt: „Dawohl, es ist wahr, daß ich Diktator in Polen werden will, aber nur ein Diktator, wie es der amerikanische Präsident ist, kein Diktator, wie er in einigen europäischen Staaten herrscht. Ich halte unser parlamentarisches System für veraltet und zu veraltet. Auch muß ich sagen, daß die Volkswertung sich oft ihrer hohen Pflichten nicht gewachsen zeigt, da unter den Abgeordneten sich leider eine Menge Analphabeten befinden. Auch die Verfassung ist nicht geeignet, das Land gedeihen zu lassen. Sie muß radikal geändert werden. Es gibt in Polen zwei Parteien. Die das Land regieren und die nie unter sich einig sind.“ Pilsudski erklärte dann weiter, für folgende Grundzüge zu kämpfen: Der Staatspräsident muß nicht von der Nationalversammlung, sondern vom Volke selbst gewählt werden. Er muß in seiner Tätigkeit nicht von den Parteien abhängig, sondern nur dem Volke gegenüber verantwortlich sein. Die Minister müssen vom Präsidenten ernannt und ihm verantwortlich sein und nicht wie bisher dem Parlament.

Sozialistische Anträge.

Warschau, 12. November. (W.B.) Die Sozialisten haben Verfassungsänderungen beantragt. U. a. wird verlangt, daß während der Budgetberatungen der Staatspräsident das Parlament weder schließen noch vertagen darf. Dann soll der Sejm das Recht erhalten, sich selbst einzuberufen, wenn die Einberufung durch die Regierung nicht zum richtigen Termin erfolgt.

dem der Major Rengetti die Urkunde seiner Ernennung zum „Ehrenfaschisten“ überreichte, dann eine des unvermeidlichen Majors Rengetti selbst. Den Zuhörern dieser beiden wortreichen Ansprachen mußte es allerdings auffällig erscheinen, daß daran trotz des Hauptanlasses der Feier wohl von dem Ruhme des „unbesiegbaren“ und „unbesiegbaren“ Duce, von der glorreichen Sendung des Faschismus usw. die Rede war, kaum aber von dem italienischen Schattensystem, der fast völlig übergegangen wurde.

Dann mußte der durch seine christlich-demokratischen Anschauungen bekannte Pfarrer Dr. Sonnenschein, der sich dieser Pflicht in seiner Eigenschaft als Geistlicher der italienischen Kolonie in Berlin nicht entziehen konnte, bei der Einsegnung des „Gagliardetto“ eine kleine vorsichtige Ansprache halten, in der er den Faschismus als eine Verteidigung der Religion (?) bezeichnete, worin sich keine wohlwollende Charakteristik dieser Erscheinung weise erschöpfte. Denn gerade in diesen Tagen hat man ja lesen können, mit welchen Gewalttaten die Horden dieses Faschismus gegen die prominenten Mitglieder der italienischen katholischen Volkspartei, gegen Priester, Bischöfe und katholische Vereinshäuser vorgegangen sind.

Dagegen war die gesamte arbeitende italienische Kolonie abwesend — Das kann auch nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, wie dieser Berliner „Fascio“ zustande gekommen ist, wobei, wie seinerzeit der „Vorwärts“ ausführlich berichtet hat, der hiesige italienische Unterhaltungsverein unter der Androhung, auf die „schwarze Liste“ gesetzt zu werden, zum korporativen Eintritt in diesen jamolen „Fascio“ gezwungen wurde.

Mussolini beschimpft Frankreich.

Bukarest, 12. November. (U.) Der „Cuvantul“, ein rechtsstehendes Blatt, veröffentlicht folgende Äußerungen Mussolinis zu einem Vertreter dieses Blattes: „Der Sieg ist erreicht worden durch enorme Kraftanstrengung und eine Tapferkeit der lateinischen Völker, der Friede war die größte Enttäuschung für die Sieger. Allein die lateinische Union wäre imstande, eine aufbauende Politik zu treiben. Ja, wenn Frankreich aufhören würde, der fehlerhaften demokratischen Ideologie und der Freimaurerei zugetan zu sein, wenn es die romanischen Ideologien verlassen würde und es zu dem romanischen Klassizismus zurückkehren würde, dann wäre eine solche demütige Rede, wie sie Briand im Völkerbund anlässlich des Eintritts Deutschlands gehalten hat, unmöglich.“

Deutsch-tschechischer Mehrheitskonflikt.

Referate nach wie vor nur tschechisch erlaubt.

Prag, 12. November. (U.) Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses wollte der tschechische Abg. Windirsch als Referent in deutscher Sprache reden. Der Vorsitzende, der tschechische Agrarier Bradatsch, unterbrach den Redner zweimal und forderte ihn auf, tschechisch zu sprechen. Windirsch erklärte darauf, daß die deutschen Regierungsparteien durch den Eintritt in die Regierung ihre Bereitschaft bewiesen haben, am Ausbau des tschechoslowakischen Staates mitzuarbeiten, daß man ihnen aber auch die technische Möglichkeit hierzu geben müsse. Er beantragte Unterbrechung der Sitzung, die der Vorsitzende eintreten ließ. Beratungen führten nicht zu einem günstigen Ergebnis. Nach Wiederaufnahme der Sitzung versuchte dann Abg. Windirsch in tschechischer Sprache zu referieren, was ihm nur sehr mühsam gelang. Darauf verlas Abg. Stenzl (Deutsche Gewerkepartei) unter denselben Schwierigkeiten ein kurzes Referat in tschechischer Sprache.

Ein Ehrenhandel.

Deutschnationale Genugtuung für ein Schundbild.

Die Deutsche Volkspartei hat sich beim Grafen Bestarp über die offizielle deutschnationale Fraktionsreklame für ein Schundbild gegen Stresemann beschwert. Effekt nach der „Täglichen Rundschau“:

„Eine Abordnung der Fraktion, die gestern Abend mit dem Reichstagsabgeordneten Graf Bestarp, dem Fraktionsvorsitzenden, eine Besprechung hatte, trug diese Forderung (nach Genugtuung) vor. Graf Bestarp erklärte, daß die Verleumdung der Einladung ohne sein Wissen geschehen sei und daß er sie ebenso bedauernd und verurteilt, wie die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei es tue. Diese Erklärung soll auch noch schriftlich festgelegt werden. Nach ihrem Eingehen dürfte der Zwischenfall wohl als beigelegt zu betrachten sein.“

Als Schuldiger Weibi der Fraktionssekretär der Deutschnationalen, der Reichstagsabgeordnete Lambach, hängen. Der Herr Graf habe in diesem Falle nicht befohlen, und der getreue Anwalt, verpflichtet, den Herren Grafen immer zu verstehen, habe ihn nicht verstanden.

Unternehmer und Achtfundentag.

Faule Ausreden.

Auf die vor einigen Tagen erfolgte Rundgebung der Gewerkschaften, in der ein Antrag zur Wiederherstellung des Achtfundentages gefordert wird, haben die Unternehmerverbände jetzt mit einer umfangreichen Denkschrift geantwortet.

Die Denkschrift untersucht die Möglichkeit der Einführung des Dreischichtensystems in den einzelnen Betrieben und kommt zu folgendem Ergebnis: In der chemischen, der Zuckerrüben-, der Papier- und Glasindustrie und den Rednerbetrieben der Braunkohlenindustrie wäre die Einführung des Dreischichtensystems möglich; jedoch wird eine fühlbare Auswirkung der Durchführung des Dreischichtensystems bestritten, da der größte Teil dieser Industrien bereits im Dreischichtensystem arbeitet. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit in den Metall-, Textil- und Holzindustrien ist nach der Denkschrift ebenfalls eine Besserung der Arbeitsmarktlage nicht zu erwarten, da hier die Möglichkeit einer Neueinstellung von Arbeitskräften von einer Reihe anderer Faktoren wie Anzahl von Maschinen, Leistungsfähigkeit der Kraftanlagen abhängt.

Verneint wird die konsequente Durchführung des Achtfundentages im Braunkohlenbergbau. Hier werden die alten nicht fruchtbringenden Gründe gegen den Achtfundentag, Rückgang der Gesamtförderung, Verringerung der Leistung pro Mann usw. angeführt. Für den Steinkohlenbergbau wird festgestellt, daß z. B. im August „nur“ 1,87 Ueber- und Nebenrichtern pro angelegten Mann verfahren worden sind. Ueber die Tatsache, daß die Ueber- und Nebenrichtern gerade in den letzten beiden Monaten unverantwortlich vermehrt haben, schweigt sich die Denkschrift natürlich aus, wie sie offenbar Gesamtleistung mit Hauern zusammenwirft.

Im übrigen machen die Unternehmer sich die Widerlegung der gewerkschaftlichen Forderung äußerst leicht. Sie verweisen auf die übernommenen Lieferungsverpflichtungen. Auf sie sei man eingegangen, weil Vereinbarungen mit den Gewerkschaften über Mehrarbeit bestehen. Ein Nachweis darüber, ob eine Neueinstellung von Arbeitern auf Grund der konsequenten Durchführung des Achtfundentages die Richterfüllung der Lieferverträge bedeutet, fehlt bezeichnenderweise.

Das Wolff-Bureau meldet: In der Presse wird berichtet, daß die angeständigte Besprechung des Reichstanzlers mit den Gewerkschaften über die Arbeitszeitfrage am 12. November stattgefunden habe, und dabei behauptet, daß in maßgebenden Kreisen nicht vor dem 1. Oktober 1928 mit einer endgültigen Inkraftsetzung des Arbeitsschutzgesetzes gerechnet werde. Demgegenüber wird amtlicherseits darauf hingewiesen, daß die Besprechung zwischen Reichstanzler und Gewerkschaften erst am 13. November stattfinden wird und daß sich die Haltlosigkeit der Behauptung über die Inkraftsetzung des Arbeitsschutzgesetzes schon daraus ergibt.

Die Erklärung der Regierung bezieht sich offenbar auf einen „Bericht“ des „Berliner Tageblatts“ über den Empfang der Gewerkschaften. Es ist uns unverständlich, wie gerade das „Berliner Tageblatt“ auf eine derartige schwindelhafte Tendenzmeldung hereinfallen konnte.

Unfälle und Erkrankungen im Ruhrbergbau

Ueber-sichten und Prämien-system als Ursachen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bezeichnet in ihrer Nr. 255 unsere Sozialpolitik als übertrieben. Die Stellungnahme dieses Unternehmerorgans ist auf die Verfehlung der öffentlichen Meinung angelegt.

Von den Bergbauunternehmern ist das Reichstnapplachgesetz stets bekämpft worden. Auch hat es an Verschleierungsanstrengungen nicht gefehlt. Sie sind gegen jeden sozialen Fortschritt und müssen logischerweise unsere Sozialpolitik als übertrieben bezeichnen. Es ist viel angenehmer, die hohe Zahl der krankfeiernden Bergarbeiter auf das Konto dieses Gesetzes zu setzen, als die Schuld auf das Konto der Bergbauwirtschaft zu übernehmen.

Nach der „Bergwerkszeitung“ betrug die Zahl der Krankenziffern (in Prozenten der Belegschaft gerechnet) im Monat Januar 6,25, Juni 5,63, Juli 6,54, August 7,80, September 8,95 Proz. Es heißt dann weiter, daß die Zahl der krankfeiernden Bergarbeiter im Monat August um 31,5 Proz., im Monat September um 50,9 Proz. gestiegen sei.

Es erübrigt sich vollkommen, diese Zahlen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Zunächst soll festgestellt werden, daß seit Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks die Jagd nach Kohlen tagtäglich zugenommen hat. Das Antriebsystem hat immer schärfere Formen angenommen. Eine systematische Menschenquälerei verbunden mit unermesslichen Ueber-sichten hat im ganzen Ruhrgebiet eingesetzt, während Zehntausende von Bergarbeitern arbeitslos waren und sind. Das muß auf den Gesundheitszustand der Bergarbeiter einwirken. Die Grubenluft bleibt dazu nicht ohne Einfluß und macht müde und abgelenkt. Der Bergarbeiter ist kaum noch fähig zum Denken, die Grubensicherheit wird gefährdet. Neben einer erhöhten Zahl der Krankfeiernden tritt eine Erhöhung der Unfälle hinzu.

Das Bedinge und das Förderprämien-system zwingt auf Grund des Erhaltungstriebes zur unmenschlicher Tätigkeit für die Arbeiter sowie die Steiger. Nur an Kohle, an nichts anderes erlaubt die Zeit zu denken.

Auf Grund der unerfütterlichen Profitgier wird den Steigern der Revierröll immer höher geschraubt. Die Vorgesetzten des Steigers besitzen infolge des Prämien-systems wieder eine gewaltige Macht. Die Behandlungen, die die Steiger von ihren Vorgesetzten erdulden müssen, wirken sich auf die Arbeiter aus.

Hier liegen die wahren Ursachen, die zum Krankfeiern zwingen. Die hohen Förderziffern bei den niedrigen Belegschaften bleiben nicht ohne Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiter. Wenn die „Bergwerkszeitung“ schreibt: „Die hohe Zahl der Krankfeiernden ist natürlich von erheblichen Einfluß auf die Höhe der Förderung gewesen,“ so ist das eine reichlich späte Einsicht. Ein Rückgang der Förderung ist unausbleiblich. Die Schuld liegt im Raubbau der Produktivkräfte. Am Raubbau der Arbeitskraft leidet nicht allein der unter seiner Last zusammenbrechende Arbeiter, sondern zuguterleht unsere Gesamtwirtschaft.

Erweiterung der Unfallversicherung.

Reorganisierung und Ausdehnung des Personenkreises.

Seit Jahren fordern die freien Gewerkschaften den Ausbau der Unfallversicherung. So hat sich erst vor kurzem die Reichsaktion für Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wieder an das Reichsarbeitsministerium gewandt und nachdrücklich die Einbeziehung der Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Kliniken und Sanatorien sowie Laboratorien in den § 537 der RVO, gefordert.

Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung zusammen mit der Vorlegung der zu ratifizierenden Genfer Abkommen eine Denkschrift über den Aus- und Umbau der Unfallversicherung dem Reichstag übermitteln. In Verbindung damit wird zugleich eine neue Vorlage an den Reichstag gehen, die in Konsequenz der Genfer Uebereinkommen eine Erweiterung des Personenkreises der Unfallversicherten und eine Änderung der Organisation der Versicherungssträger bringt. Die großen Berufs-gesellschaften, wie z. B. die der Hütten- und Bergwerke, bleiben natürlich bestehen, bei den Klein- und Familienbetrieben ist jedoch ein regionaler Zusammenschluß vorgesehen.

Hoffentlich läßt die neue Vorlage nach den vielen Besprechungen über den Ausbau der Unfallversicherung nicht mehr allzu lange auf sich warten. Die Lücken der deutschen Unfallgesetzgebung müssen endlich einmal ausgefüllt werden.

Quartalsversammlung der Zimmerer.

Von der Zahlstellenleitung Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer erhalten wir einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Am Dienstag tagte im Gewerkschaftshaus die ordentliche Delegiertenversammlung des Zimmererverbandes, um den Bericht für das dritte Quartal entgegenzunehmen. Die Abrechnung lag gedruckt vor.

Zum Geschäftsbericht führte der Vorsitzende Repschläger aus, daß nach wie vor eine große Arbeitslosigkeit im Berufe herrsche. Durchschnittlich waren im Juli 1243, im August 912, im September 763 arbeitslose Zimmerer auf dem Arbeitsnachweis in der Hermannstraße vorhanden. Ende September mit etwa 700 Arbeitslosen war in diesem Jahre der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit. Bis zum 9. November war die Zahl bereits auf 579 wieder angewachsen. Das unbillige Geschick der Unternehmer des Baugewerbes nach mehr Facharbeitern sei durch diese Zahlen erneut zur Genüge gekennzeichnet. Arbeit fehlt, aber keine Facharbeiter!

Es scheint leicht so, als dämmere es in dieser Frage an einzelnen Regierungsstellen. Weiter teilte der Redner mit, daß auf Grund reger Agitation ein guter Fortschritt in der Mit-gliederschaft zu verzeichnen sei. Der Mitgliederbestand stieg im Laufe des dritten Quartals von 4534 auf 4724. Bei mehreren Firmen habe man mit Erfolg zur Arbeitseinstellung gegriffen, um die Einführung der Akkordarbeit zu verhindern. Durch das Ueberstunden- und Akkordsystem haben die deutschen Unternehmer einen noch nie dagewesenen Verdienst eingerafft. Alle Verhandlungs-kameraden haben nach wie vor die Pflicht, jede Ueberstunde abzulehnen zugunsten der arbeitslosen Kameraden. Bei Einführung einer 48-Stunden-Woche im Reichsmahstabe sei es möglich, mindestens eine Million Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Für den Zimmererberuf genüge das aber noch nicht; denn durch weitere Einführung verbesserter Maschinen und andererseits durch immer größere Pfuscharbeit im Zimmerergewerbe werden noch erhebliche Kräfte mehr brachgelegt, so daß eine Arbeitszeit von sieben Stunden, also die 42-Stunden-Woche, vollaus-reicht. Nur dadurch wird es möglich sein, alle Zimmerer wieder in den Produktionsprozess einzureihen. Diese Forderung, genau so wie früher der Achtfundentag, darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, und alle Bauarbeiter Deutschlands müssen dafür gewonnen werden.

Zum Schluß wies der 2. Vorsitzende Schill auf die ab 1. Dezember in Kraft tretende 7-Stunden-Arbeitszeit hin. Alle Zimmerer Berlins und der Umgegend haben dies unbedingt einzuhalten.

Nachschiff der Redaktion: In dem Bericht sind eine Reihe polemischer Ausführungen enthalten, u. a. auch gegen den „Vorwärts“. Repschläger scheint wieder einmal das Bedürfnis zu haben, in der Münzstraße in den Geruch unentwegter Liebedienerei gegenüber den

jeweiligen moskowitzischen Gewalthabern und deren Handlangern in Deutschland zu kommen. Das mag R. in der „Roten Fahne“ abtun, die dazu da ist.

Die Buchbinder und Papierverarbeiter.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter hatte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung. Der Bevollmächtigte, Genosse Imhof, ging in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die Arbeitsmarktlage während des dritten Quartals ein. Es sei zwar eine kleine Besserung eingetreten, doch betreffe sie lediglich die Arbeiterinnen. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen hat sogar noch um 55 nach dem zweiten Quartal zugenommen. Ende September waren 874 männliche und 1916 weibliche, insgesamt also 2790 Arbeitslose eingetragen, worunter 433 männliche und 952 weibliche Verbandsmitglieder. Die Zahl der Kurzarbeiter hat erfreulicherweise abgenommen, doch dürfte diese Besserung nur auf das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen sein. Leider hat diese vorübergehende Besserung dazu geführt, daß in einer Anzahl von Betrieben, ohne Rücksicht auf die Arbeitslosen, Ueberstunden in ganz erheblichem Umfange gemacht werden. Die Organisation ist bemüht, das Ueberstundenwesen einzusdämmen, doch bedarf es zur wirksamen Bekämpfung der Mißstände wie der Mitglieder.

Der direkte Erfolg der Werbeweche entspricht leider nicht der angewandten Mühe und Arbeit. Genosse Imhof berichtete dann eingehend über die Tarifabschlüsse im verflohenen Quartal. In der Buchbinderbranche gelang es, das mit dem Verein Berliner Buchdruckereibesiger abgeschlossene und am 10. September abgelaufene Lohnabkommen bis zum 28. Januar 1927 zu verlängern. Ebenso wurde das am 30. September abgelaufene Lohnabkommen mit den Kartonnagefabriken bis zum Ablauf der zentralen Vereinbarungen am 31. Januar 1927 verlängert. In allen übrigen Branchen gelang es gleichfalls, alle Versuche der Unternehmer, die Löhne abzubauen, fast restlos abzuwehren. Die Tarifausstufungen erfreuen sich immer mehr eines größeren Zuspruches. Ebenso mehren sich die Vertretungen vor dem Gewerbe- und Innungsschiedsgericht.

Infolge Arbeitsüberhäufung liegt der genaue Mitgliederbestand vom Schluß des dritten Quartals noch nicht vor, doch sind nach oberflächlichen Feststellungen im Laufe des dritten Quartals etwa 300 neue Mitglieder aufgenommen worden, so daß die Ortsverwaltung Berlin etwa 8650 Mitglieder zählen dürfte bei 6934 am Ende des ersten Quartals. Imhof schloß seinen Bericht mit der Aufforderung an die Funktionäre, in der Agitation nicht zu erlahmen. Der Kassierer Batomski erläuterte dann den im letzten Mitteilungsblatt veröffentlichten Kassenbericht, wonach die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse mit 76 364,12 M. balancieren. Der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich von 19 529,28 M. auf 22 221,71 M.

Nach einer verhältnismäßig kurzen und sachlichen Diskussion wurde ein Antrag der Ortsverwaltung angenommen, zur Unterstützung der ausgetretenen Mitglieder einen Extrabeitrag zu erheben. Die männlichen Mitglieder sollen mindestens zwei Extramarken zu 50 Pf., die weiblichen zwei Marken zu 25 Pf. entnehmen. Eine längere Debatte entspann sich über die Wiederaufnahme der 1923 und 1924 ausgeschlossenen Mitglieder, die die Ortsverwaltung beim Verbandsvorstand befristeten sollte. Die Versammlung stimmte schließlich einem Antrag der Funktionäre der Buchbinderbranche zu, der sich im wesentlichen mit dem Inhalt der diesbezüglichen Anträge deckt.

Lohnerhöhung im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau

Gleiwitz, 12. November. (WTB.) Die unter dem Vorsitz von Oberbergamt Ebel aus dem Reichsarbeitsministerium heute vormittag begonnenen Schlichtungsverhandlungen über die von den Gewerkschaften verlangte Lohnerhöhung für den Steinkohlenbergbau führten zu einem Schiedsspruch, der ab 15. November eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Schicht und Kopf vorsieht. Der Schiedsspruch galt für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau einschließlich der Kokerarbeiter. Die Lohnerhöhung entspricht einem Satz von etwa 4 Proz. des augenblicklichen Lohnes.

Die Bergarbeiterforderungen in der Tschechoslowakei.

Prag, 12. November. (WTB.) Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter meldet eine Prager Lokalkorrespondenz: Dem Verband der Grubenbesitzer wurde heute die Entschlebung der Konferenz der tschechischen Bergarbeiterverbände überreicht, in der die Gewährung einer 20prozentigen Teuerungszulage für die Dauer der Teuerung verlangt wird. Der Grubenbesitzerverband berief für die nächste Woche seinen Exekutiv-ausschuß ein, in welchem zu den gestellten Forderungen Stellung genommen wird. Es wird erwartet, daß die Antwort ablehnend sein wird.

In der Post- und Telegraphenbeamten-schaft finden am 14. und 15. November für die Orts- und Bezirksbeamten-ausschüsse sowie für den Hauptbeamten-ausschuß Neuwahlen statt.

Preis-Gewerkschaftsjugend. Bildkreis: Heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, 88-Weitschaffliche Jugendfeier in der Schulgasse, Forts. Ede Kaldenberger Straße. Bewegungschor, Rezitationen, Musik, Schattenspiele. Motto: „Der Arbeit wird.“ Uebungsbeitrag 2 Pf.

Jugendgruppe des FVdM. Warum, Sonntag, veranstaltet die Jugendgruppe eine Schilke-schlacht in den Kranichbergen bei Woltersdorf. Treffpunkt 8 1/2 Uhr morgens vor dem Bahnhof Erfner.

Verantwortlich für Redaktion: Dr. Kurt Geiger; Wirtschaft: Artur Strauss; Gemeindefortschritt: Felix Karst; Anzeigen: H. G. Schick; Lokales und Sonstiges: Felix Karst; Anzeigen: H. G. Schick; Familien in Berlin, Berlin: Bornstr.-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt „Der Arbeiter“ u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Bierz 2, Telefon 2400 „Unterhaltung und Wissen“.

Neue Mischung

OBERST 5

Neue Packung

Angewöhnliche Milde und doch Charakter fordert der moderne Raucher von einer guten Cigarette. In unserer neuen

OBERST 5

findet dieses Verlangen eine überraschend glückliche Lösung.

Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.-G.



Wenn in unseren Kaffeehäusern die Damen ihre Zitronen- oder Himbeereis verzehren, oder Eiskaffee durch den Strohhalm schlürfen, machen sie sich wenig Gedanken über den Gang der Entwicklung vom Wasser über das Roheis bis zum Speiseeis. Früher konnte man im Winter, wenn unsere Flüsse und Seen zugefroren waren, ganze Kolonnen von Männern beobachten, wie sie Eis in Schollen zerfügten und in die Eisfelder brachten. Zwischen Holz und Stroh verpackt blieb es so liegen, bis es in der heißen Jahreszeit zur Kühlung von Speisen und Getränken seine Verwendung fand. Namentlich die Brauereien ließen große Mengen davon einfahren und gaben ihren Kunden bei der Lieferung von Bier entsprechende Quantitäten mit ab. War der Winter bei uns mild, kam es nicht zu genügend starkem Eis, dann mußten große Schiffsladungen aus den nordischen Ländern bezogen werden. Die fortschreitende Technik hat auch hier Wandel geschaffen, hat uns unabhängig gemacht von den Launen des Wetters und der Temperatur. Das Natureis ist durch ein Kunstprodukt ersetzt worden.

Künstliches Eis.

In Berlin bestehen jetzt in der Hauptsache nur noch sechs große Eiseisfabriken, die sich mit der Fabrikation von Kunsteis befassen. Am leistungsfähigsten sind die „Norddeutschen Eiswerke“, die schon 1872 gegründet wurden. Auch sie haben sich in den ersten Jahren darauf beschränkt, Natureis auf dem Rummelsburger, Müggel- und Pfäferssee zu gewinnen oder vom Norden her einzuführen. Ein Rundgang durch die Norddeutschen Eiswerke soll die Fabrikation des Kunsteises erläutern. Im Kesselhaus sind vier Wasserrohrkessel im Gang, mit zusammen 565 Quadratmetern wasserbepflanzter Heizfläche und einem Betriebsdampfdruck von 12 Atmosphären. Hier wird der erzeugte Dampf auf 320 Grad Celsius erhitzt. Der im Kesselhaus erzeugte Dampf treibt im Maschinenhaus drei Dampfmaschinen von je 360 bis 400 Pferdestärkeleistung. Die Maschinen sind mit je zwei Ammoniakpumpe- und Druckpumpen, auch Kompressoren genannt, gekoppelt. Die Kompressoren vollbringen zusammen eine stündliche Leistung von 2 450 000 Wärmeinheiten, bei einer Verdampfungstemperatur mit Ammoniak von 10 Grad Celsius. Die Kälteerzeugungsanlagen arbeiten nach dem Ammoniak-Kompressionsystem. Das flüssige Ammoniak wird in einem ausgebreiteten Röhrensystem zum Verdampfen gebracht. Es hat die Eigenschaft, dauernd Wärme aufzunehmen und wieder abzugeben. Die zur Verdampfung erforderliche Wärme hat das Ammoniak der sie umspülenden Salzsole entnommen, sie also abgeführt. Wird die Abkühlung immer weiter durchgeführt, so ist bald der Gefrierpunkt erreicht. Die Salzsole gefriert natürlich infolge ihres Salzgehaltes nicht. Hängt man in das unter Nullgrad abgekühlte Salzwasser Blechgefäße mit Süßwasser gefüllt, so wird es zu Eis gefrieren. Das bei dem Verfahren zu Dampf gewordene Ammoniak wird dann durch Verflüssigung der Röhren wieder in den flüssigen Zustand zurückverwandelt, geht durch die Röhrenleitung zurück, und der Prozeß beginnt von neuem. Die

fünf Eisbildner der Norddeutschen Eiswerke haben jeder einen Inhalt von 1500 Zentner Kristalleis, d. h. es kann in einem Zeitraum von 24 Stunden mindestens 7500 Zentner Kristalleis hergestellt werden. Obgleich die gefamten Werte direkt an der Spree liegen, kommt bei der Eiszerzeugung kein Tropfen Spreewasser zur Verwendung. Das zur Erzeugung benötigte Wasser wird vielmehr eigenen Brunnenanlagen entnommen, deren Sauger 24 bis 32 Meter unter dem Flusse liegen, und die vollständig abgedichtet sind, so daß Flußwasser nicht eindringen kann. Das Wasser wird trotzdem in besonderen Filtern von allen Mikroben und Unreinlichkeiten befreit. Das so gewonnene Eis ist hygienisch vollständig einwandfrei. Die Kunst hat hier die Natur verbessert. Das fertige Produkt in den bekannten Blocks von je 25 Kilogramm kommt dann entweder in die Vorratskeller oder zur Verladungsbühne. Ein großer Wagenpark und 170 Pferde stehen zur Verfügung, um die Eisblöcke alltäglich der Kundschaft zuzuführen.

Die verlorene Wärme.

Wie in vielen technischen Betrieben, so gehen auch hier große Wärmemengen ungenutzt verloren. In jeder Stunde gehen etwa 250 Kubikmeter Wasser von 25 bis 40 Grad Wärme in die Spree, weil keine Verwendung dafür vorhanden ist. Das Anerbieten der Firma, dieses Wasser der nahegelegenen städtischen Badeanstalt kostenlos zu überlassen — es hätte nur die Herstellung einer Leitung bedurft —, ist feinerzeit vom Magistrat abgelehnt worden. Diese Wassermengen hätten gereicht, um stündlich 1000 Bäder abgeben zu können. Neben der Kunstzerzeugung unterhält die Firma noch einen Kühlhausbetrieb. Im Keller und auf 25 Böden mit zusammen circa 12 000 Quadratmetern Fläche sind Kühlräume mit Durchschnittstemperaturen von minus 7 bis minus 10 Grad Celsius an Lebensmittelhändler vermietet. Ein großer Teil der Räume ist mit überseeischem Gefrierfleisch belegt, das mit besonderen Kühlröhren aus Ueberleeddampfern durch den Hamburger Hafen nach hier gelangt. In den Kühlräumen lagert es bei einer Temperatur von 7 bis 10 Grad unter Null, um zu passender Zeit in den Handel gebracht zu werden. Außer dem Gefrierfleisch finden wir hier alle anderen Arten Lebensmittel zur Frischerhaltung. Es lagern zurzeit in den Kühlräumen Waren im Gesamtwerte von etwa 45 Millionen Mark. Besonders interessant ist die Aufbewahrung von Blumen. Vor allem werden Nagelöckchen, Flieder

und Rosen hier gelagert, bei denen durch die Einwirkung der Kälte der Keimprozeß zurückgehalten wird, um zu der gewünschten Zeit (im Winter) durch den Einfluß von Wärme hervorgerufen zu werden.

Jährlich 180 Mark Schulgeld. Die neue Stafflung.

Der Magistrat hat beschlossen, das Schulgeld für einheimische Schüler der städtischen höheren Lehranstalten in Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Dezember 1926 auf jährlich 180 Mark zu erhöhen und gleichzeitig die nachfolgende anderweitige Stafflung des Schulgeldes einzuführen:

Table with 4 columns: 'Bei einem Gesamteinkommen im Kalenderjahr, das dem Schuljahr vorhergeht', '1. Kind', '2. Kind', '3. Kind', '4. Kind ufm.'. Rows show income brackets from 'Unter 3500 Mark' to 'über 5000 Mark' and their corresponding school fees.

Die Stafflung gilt auch für die Mittelschulen. Soweit Eltern für das laufende Schuljahr auf Grund der alten Stafflung Anträge gestellt und Einkommensnachweise für das Kalenderjahr 1925 vorgelegt haben, sind neue Anträge nicht mehr zu stellen. Die alten, bereits eingereichten Anträge werden von Amts wegen nach der neuen Stafflung umgearbeitet. Die Erziehungsberechtigten, die nicht schon freigestellt waren, erhalten neue schriftliche Bescheide. Nur diejenigen Eltern, die noch keinen Antrag gestellt haben und jetzt unter die neue Stafflung fallen, können durch die Schule einen Antrag stellen.

Sieben Jahre freie Turnerschaft Groß-Berlin.

Am Bußtag veranstaltet die Freie Turnerschaft Groß-Berlin wieder ihr alljährliches Herbstfest aller Männer-, Frauen- und Jugendabteilungen in der Zentralturnhalle Prinzenstraße 70. Dieses Fest gilt gleichzeitig der Feier des siebenjährigen Bestehens und findet seinen feierlichen Abschluß in einer Abendveranstaltung im „Gewerkschaftshaus“. Ueber das sportliche Programm werden wir nach berichten. Für heute sei nur ein kurzer Ueberblick über den Verein selbst gegeben.

Die FTGB. wurde im April 1919 von nur 40 Mitgliedern gegründet. Der prinzipielle Grundgedanke unter Ausschaltung der Parteipolitik im allgemeinen sozialistischen Sinne nach den Beschlüssen des Bundes zu arbeiten, brachte bald starken Zuwachs. Im Jahre 1923 waren bereits 35 Abteilungen vorhanden, 1925 und 1926 war der Zugang so stark, daß sich die Zahl der Abteilungen auf 65 erhöhte. Nach der Zahl der Turn- und Sportabteilungen berechnete, dürfte die FTGB. bereits jetzt einer der größten Vereine in Deutschland sein. Dagegen ist die Mitgliederzahl infolge des kurzen Bestehens vieler Abteilungen noch nicht stark genug, um auch hier an eine der ersten Stellen rücken zu können.

Die Wunder der Klara van Haag.

Von Johannes Buchholz. Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

Dem wenn der Sinn nicht war, daß Frauen hier in der Welt ganz und gar zu Unnützigkeit und Hemmung waren, so mußte der Sinn wohl sein, daß sie ihre Männer und Kinder beeinflussen und etwas aus ihnen machen sollten. Was war aus diesem Manne zu machen! Herr van Haag wählte mit Sorgfalt keine gestreiften Hosen, er räusperte sich, glättete seinen Bart und sah mit Bewunderung in alle Spiegel, an denen er vorbeikam. Darüber hinaus tat er nichts in dieser Welt. Konnte nichts mehr, wollte nichts mehr.

Für ihr Geld waren sie in die großen Länder gereist. Herr van Haag wußte daher, daß man in Paris, London, Wien und Rom untadelige Herrengarderobe bekommen konnte. Er wußte, daß die Scheiben in vielen, vielen Städten blank waren und gut spiegelten. Das war sein Gewinn von den Reisen.

Rein, sie dachte daran, wenn sie damals ihrem Vater nicht erlaubt hätte, Rasier Egholm zur Tür hinauszuerwerfen...

Eine Frau erinnert sich jeder Kleinigkeit aus Liebe zu ihrem letzten Seufzer. Aber hier war nicht die Rede von Kleinigkeiten. Einer so weihglühenden Liebe war Frau van Haag nie, nie mehr im Leben begegnet. Das fühlte sie jetzt und seufzte.

Sein stüchtiger Sinn hätte gezügelt werden können. Frau van Haag spannte die Muskeln ihres Körpers. Sie spürte das Gefühl, einen störrischen Pferdetopf hintenüber zu zwingen.

Hedwig ärgerte sich, daß ihre Worte anscheinend so geringe Wirkung taten; aber sie hatte noch mehr Karten in der Hand.

„Und dann glaubt Vater ja, er sei ein heiliger Gottesmann, und alle seine Handlungen geschähen Gott zur Ehre, und jede Schmalzstulle, die er isst, sei ihm vom lieben Gott selbst in die Hand gesteckt. Er sagt zu Gott: ach, leih mir eben mal fünfzig Kronen. Ich habe es gehört, denn ich war selbst dabei. Ich mußte ja mit den anderen beten, als ich noch zu Hause war.“

„Mein Gott —! Dann glaubt er also wirklich an Gott?“

„Ja — glaubt — ja,“ sagte Hedwig unsicher.

„Sonderbar —“ „Das tun ja viele, ohne daß sie den lieben Gott hinter sich herziehen, wie ein Junge eine tote Katze an einer Schnur schleppi.“

„Wirklich? Wer sonst noch? Wirklich, wer sonst noch?“

„Der Pastor zum Beispiel.“

„Rein, jetzt führst du mich sicher an, Hedwig. Der Pastor soll an Gott glauben! Rein, Anarreby ist zwar ein eigentümliches Städtchen, aber...“

Das war Hedwig unverständlich. Glaubte der Pastor, der sie konfirmiert hatte, nicht an Gott! Sie mußte lachen.

Aber die Gnädige lachte nicht mit. Sie sah tief ernst da mit großen verwunderten Augen, ein wenig vornübergebeugt, die Hände unter dem rechten Knie gefaltet. Kurz darauf sagte sie: „Dann müßte er der erste sein. Ich meine natürlich glauben in ganz naivem Sinne, was ja das einzig Geziemende ist. Theologisches Gerede und Gewebe kenne ich. Du sagst, dein Vater betet um fünfzig Kronen. Da haben wir den richtigen Standpunkt. Wer nicht um fünfzig Kronen beten kann, zählt nicht mit. Er ist lau.“

Hedwig wollte nicht auch diesen Einsatz verlieren, es galt ja ihre ganzen Lebensanschauungen, dann lieber alle Rücksicht beiseite setzen und das Schlimmste erzählen: „Keiner ist lauer als Vater. Sie kennen ihn nicht, Frau van Haag. Aber ich kenne ihn. Ich habe gesehen, wie er sich auf dem Boden lag, um sich beim lieben Gott beliebt zu machen, und dann aufstand, um im Laufe von fünf Minuten zum Henker und Gewalttäter zu werden. Was er mir und meinem Bruder Sivert angetan hat, will ich gar nicht erwähnen. Aber Mutter hat er mehr als einmal geschlagen, daß sie umgefallen ist!“

Hedwig sprang vom Stuhl auf und stand mit blitzenden Augen vor ihrer Gnädigen.

„Ja, das hat er getan!“ sagte sie.

Was würde diese zarte, stengelranke Frau dazu sagen? Empörte sich eine Frau nicht immer über die Mißhandlungen einer anderen?

Frau van Haag schloß die Augen und sagte: „Dachte mir schon, daß dein Vater nicht so leicht eine gesunde hätte, die sein Temperament zu beherrschen wüßte. — Ist deine Mutter nicht eine kleine schwache Frau? — Ja, ich dachte es mir. Rein, Kleine, man darf nicht so völlig einseitig und schnell über recht verwickelte Dinge urteilen. Temperament ist Feuer. Und muß genährt werden. Und muß gebüet werden. — Aber Feuer ist gefährlich. Deine Mutter ist, glaube ich, ein Kind, das sich die Finger verbrannt hat. Du und ich,

wir wollen deinen Vater nicht verurteilen. Wir wollen ihn verstehen.“

„Ich werde nie etwas anderes verstehen, als daß er ein Tyrann ist.“

„Dieser Standpunkt wird dich bald langweilen.“

„Rein! Beshalb?“

Die Gnädige sprang vom Küchentisch herunter. Sie war tief in ihren eigenen Gedanken.

„Beshalb? Wenn sonst nichts ist, dann weiß dieser Standpunkt so schrecklich alltäglich ist.“

„Alltäglich?“

„Ja so unerträglich alltäglich.“

Hedwig setzte sich plötzlich auf den Küchenstuhl und vermochte nicht, ihre Augen frei von Tränen zu halten.

„Ist es denn so schrecklich, wie andere Menschen zu sein?“

„Ja,“ sagte Frau van Haag, „das Alltägliche ist wie ein mit Wasser verdünntes Nichts. Glaube mir, ich kenne das. Scheue das Alltägliche, tritt es mit Füßen, beispiele es. Es ist schrecklich, sage ich dir. Eines Tages wirst du deinen Vater mit ganz anderen Augen ansehen.“

5. Kapitel.

Egholm ist wütend. Seine Pläne sind auf die gemeinste Art und Weise, die man sich denken kann, durchkreuzt worden. Sivert ist durchgebrannt — zu einem Paar gehören zwei. Jetzt denkt Egholm verwirrt, wenn er Sivert gehabt hätte, dann hätte er auch schon Petrea eingefangen, und dann wäre das Paar dagewesen.

Sivert ist weg. Da liegt ein Zettel von ihm: Herzlichen Gruß. Schreibe bald. Steits Euer Sohn. Sivert Egholm, Glasergeselle. Ich liebe nämlich eine andere.

„So ein undankbarer Pummel!“ sagt Egholm und trampelt auf den Abschiedsbrief. —

„Steht gar nichts darin, wo er hingegangen ist?“ fragt die Mutter betrübt.

„Rein, und das ist mir auch gleich. Wenn er es übers Herz bringen kann, seinen Eltern diesen Kummer zu bereiten!“

„Ach, sie wären nie glücklich geworden, vielleicht.“

„Sie! Rein, aber ich!“

„Sei ruhig, Egoisten, alles kann noch gut werden. Ich glaube gar nicht, daß sie überhaupt etwas hat. Sie haben überall Schulden, sagen die Leute.“

„Jeder Pfennig Schulden bedeutet ein Plus an Kapital.“ sagte Egholm fanatisch.

Er begab sich wütend auf seinen Morgen Spaziergang.

(Fortsetzung folgt.)

Die Freie Turnerschaft Groß-Berlin ist in Bezirke eingeteilt, die auch eine gewisse finanzielle Selbständigkeit haben, so daß neu hinzutretenden Vereinen der Beitritt wesentlich erleichtert wird. Im übrigen ist die gesamte Leitung zentral geregelt. Ein gut ausgestattetes Mitteilungsblatt von 16 bis 20 Seiten, mit Illustrationen versehen, ferner ein besonderes Mitteilungsblatt für die Kinderabteilungen, sind gute Werbemittel. Zentrale Lehrkurse und Veranstaltungen mannigfacher Art sorgen für Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Vereins. In sportlicher Beziehung wird das neuzeitliche Turnen nach Altersklassen in Altersgruppen, Männer- und Jugendabteilungen gepflegt. Für Jungmädchen kommt noch das Musikturnen und die rhythmische Gymnastik hinzu. Für Frauen über 25 Jahre sind zurzeit zwei gesonderte Abteilungen vorhanden, die starken Besuch aufweisen. Für Kinder sind 26 Turnabteilungen vorhanden. Leichtathletik und Turnspiele (Handball usw.), Hockey, Fußball, Rudern und Wanderungen vervollständigen das sportliche Programm.

Vatermord im Dorfe.

Tragödie eines 84jährigen Altküfers.

Ein Kapitalverbrechen, das seit einiger Zeit die Einwohner des kleinen Dorfes Rottstock bei Brück an der Ruibe in Atem hielt, wurde durch die Hilfe der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt.

Am Sonntag, den 6. November, wurde der 84 Jahre alte Altküfer Gustav Schmidt in seiner Wohnung in Rottstock tot aufgefunden. Im Dorfe wußte man nichts Näheres, aber man mußte sofort, daß der Greis keines natürlichen Todes gestorben sei, daß vielmehr andere bei seinem Ableben die Hand im Spiele gehabt hätten. Die Oberstaatsanwaltschaft in Potsdam ließ die Leiche beschlagnahmen und forderte zur Aufklärung von der Landeskriminalpolizei in Berlin einen Kommissar an, der die Angelegenheit schnell aufklärte. Der alte Schmidt hatte zu Beginn der Installationszeit seine Bäderwirtschaft an seinen Schwiegersohn Kranepuhl abgetreten. Dieser, ein rechtschaffener, ruhiger und fleißiger Mann, stand mit dem Altküfer auf gutem Fuße, nicht dagegen seine Frau, die jetzt 46 Jahre alte Tochter Luise des alten Schmidt. Frau Kranepuhl, die Mutter von drei Kindern im Alter von 12 bis 16 Jahren, galt im Dorfe als ein „Teufel“. Es war bekannt, daß sie ihren greisen Vater öfter verprügelte, besonders, seitdem es wegen der Aufwertung für die Bäderwirtschaft zu Streitigkeiten gekommen war. Der belohnte Schwiegersohn mahnte wiederholt, auch diesen Mißbrauch zu beenden und sich in Güte zu einigen. Seine Frau aber ließ sich nicht berühren und setzte die Mißhandlungen fort, um auf diesem Wege ihr Ziel, eine möglichst geringe Aufwertung der Ansprüche ihres Vaters, zu erreichen. Zur Verantwortung gezogen, konnte die Frau ihr Verschulden an dem Tode des Vaters nicht ganz leugnen, denn die Obduktion hatte festgestellt, daß der Greis durch Schläge sichtbar zuge richtet worden war. Unter anderem waren ihm drei Rippen gebrochen, deren Spitzen waren in die Lunge eingedrungen und hatten sie durchbohrt. Diese Verletzungen waren als die Todesursache festgestellt worden. Die Tochter gestand dann auch die Mißhandlung, behauptete aber, daß sie drei Wanderburschen von der Straße ins Haus herbeigeführt und von ihnen ihren Vater habe verprügeln lassen. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen aber hat sie ohne Zweifel von vornherein die Mißhandlung, den Greis zu erschlagen und allein gehandelt. Während ihr Mann auf dem Felde war, schickte sie die Kinder weg, verschloß die Wohnung und fiel mit einem Knüttel über den greisen Vater her. Frau Kranepuhl wurde festgenommen. Auf dem Wege nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Potsdam versuchte sie zu entfliehen, wurde aber von dem Gendarm gleich wieder erwischt und festgenommen. Am Donnerstag erhängte sie sich im Gerichtsgefängnis.

Das Geflügel im Junghaus.

Die 20. Allgemeine Geflügel-Ausstellung des Vereins Berliner Geflügelzüchter „Fortuna“ wird heute in der großen Junghalle am Kaiserdamm zu Berlin (Ringbahnhof Willeben), die das Reservoir der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt hatte, eröffnet, und zwar als 3. Berliner Junggeflügel-Ausstellung. Diese Form wurde gewählt, weil sich das allgemeine Interesse neuerdings den Junggeflügel-Ausstellungen zuwenden, die berufen sind, den Züchtern und dem großen Publikum zu beweisen, daß es durchaus möglich ist, im zeitigen Frühjahr erbrütete Tiere soweit zu bringen, daß sie Mitte Oktober bis Anfang November vollkommen ausgewachsen und ausgemüht sind und gerade dann mit dem Eierlegen beginnen, wenn die alten Hühner damit aufhören, wodurch sicher ein beachtenswerter wirtschaftlicher Ausgleich geschaffen wird. Zur Schau gestellt sind etwa 4000 Stück erstklassigen Geflügels aller Art. Den Reigen eröffnen die Truten, Gänse und Enten mit 210 Tieren. Daran schließen sich die deutschen Hühneraffen und dann folgen die schweren Fleischhühner wie Plymouth, Orpington, Meckler usw. Besonders hervorzuheben sind hier die mit 340 Tieren vertretenen Rhode-Islands und die 375 Wapenenten in den verschiedensten Farbschlägen. Dann geht es zu den Zierhühnern und den durch Eierlegen ausgezeichneten Minoras, Italienern, Leghorn und anderen leichteren Rassen. An Zuchtstämme, Herden und landwirtschaftlichem Nutzgeflügel sind über 100 Nummern ausgestellt, die aus je einem männlichen und 3 bis 6 weiblichen Tieren bestehen. Die Zwerghühnchen sind infolge der Beteiligung des Reichsoverbundes Deutscher Zwerghühnchen-Vereine besonders zahlreich vertreten und bilden einen Mittelpunkt der Schau. Unter dem Wasser geflügel fallen die schweren Toulouse und Emdener Gänse, die massigen Perlententen und die schlanken indischen Saufenten besonders auf. Bei den Puten nehmen die Bronzeputen mit ihrem glänzenden Gefieder den ersten Platz ein. Das bunte Volk der Tauben ist mit nahezu 700 Nummern in allen Rassen, Spielarten und Farbschlägen vertreten. Auch hier beginnt es mit den schweren Ruytauben, unter denen Straßer, Coburger Vorken und Luhtauben erwähnt sein mögen. Dann folgen die Sterntauben, wie Kröpfer, Pautauben und Perücken. Diesen schließen sich die zahlreichen Berliner Palasttauben an, die Zümler aller Art, die glänzenden Wöcker, die Farben- und Trommeltauben und endlich die Dreistauben mit 180 Tieren.

In einer Sonderabteilung kommt auch die geflügelzüchterische Industrie mit Brut- und Aufzuchtapparaten, Geflügelstallungen, Volieren, Geräten aller Art, Literaturerzeugnissen, Futtermitteln, Medikamenten usw. zur Geltung. Die Ausstellung kann seiner lebenden und an Freiheit gewöhnten Bevölkerung wegen nur bis Montag, den 15. November, abends 7 Uhr geöffnet gehalten werden.

Noch einmal Rechtsanwalts- und Notariatsgebühren

Von anderer Seite wird uns zu diesem Thema geschrieben: In Nummer 533 gibt der „Vorwärts“ die Aufschrift eines Einlassers wieder, in welcher das Verlangen nach Herabsetzung der Rechtsanwalts- und Notariatsgebühren damit begründet wird, daß der Rechtsanwalt für eine Zahlungsaufforderung bei einem Objekt von 8000 M. 400 M. verdiene, und daß ein Notar bei einer Unterschriftbeglaubigung 85 M. in Ansatz bringe. Diese Angaben sind unrichtig. Die gesetzliche Gebühr des Rechtsanwalts für eine Zahlungsaufforderung beträgt bei einem Objekt von 8000 M. nicht 400 M., sondern 14 M., bei einem Objekt von 1500 M. (größere Objekte kommen für Proletariat kaum jemals in Frage) beträgt diese Gebühr nur 2 M. Bei den Werturteilen, die für Proletariat in Frage kommen, ist diese Gebühr noch erheblich geringer; so beträgt sie bei einem Streitgegenstand von 200 M. nur 2 M., und bei einem Wert von 1500 M. 5 M. Bei einer Unterschriftbeglaubigung beträgt die Gebühr selbst bei einem Objekt von 320 000 M. erst 84,80 M. Derartige Objekte kommen natürlich nur ganz ausnahmsweise und nur bei schwerreichen Leuten in Frage. Bei einem Objekt von 1500 M. beträgt die Gebühr für die Unterschriftbeglaubigung ganze 2 M. Nach der deutschen Gesetzgebung sind die Anwaltsgebühren in der Weise gestaffelt, daß der Anwalt bei kleinen Objekten Geld zugeht, während die mittleren Objekte einen Ausgleich

Ein Tag der Bauunfälle.

Beim Untergrundbahnbau — Glück im Unglück.

Die Berliner Unfallchronik ist gestern nachmittag um einige schwere Unfälle, die zum Glück keine Todesopfer gefordert haben, bereichert worden. In der Münzstraße stürzte eine Dampfmaschine um, durchschlug das Dach eines gerade vorbeifahrenden Straßenbahnwagens und beschädigte das Oberdeck eines Autobusses. Glücklicherweise wurden nur drei Personen verletzt. Der Sachschaden dagegen ist sehr groß.

Das Unglück in der Münzstraße.

Ueber das Unglück, bei dem wie durch ein Wunder nur drei Personen, zwei erheblich, doch nicht lebensgefährlich, verletzt wurden, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In der Münzstraße werden gegenwärtig Kammarbeiten für den Tunnel der im Bau befindlichen Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln ausgeführt. In einem Teil des Strahenzuges sind bereits zahlreiche schwere Eisenträger in das Erdreich versenkt worden. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr war die Arbeitsschicht mit der Dampfmaschine vor dem Hause Münzstraße 26 angelangt. Die große Kamme, die auf eisernen Schienen steht, sollte einige Meter weitergeschoben werden. Kaum hatten die Arbeiter die Kamme ein Stück fortbewegt, als sie sich nach dem Strahenzug zu überneigte, und unter lautem Krachen umstürzte. Gerade in diesem Augenblick passierte ein Straßenbahnzug der Linie 49 und ein Autobus der Linie 24 die Unfallstelle. Mit voller Wucht schlug das Holzgerüst auf das Oberdeck des Anhängewagens auf, das schwer beschädigt wurde; die Hinterplattform wurde total zertrümmert. Das Oberdeck des ebenfalls die Unfallstelle passierenden Autobusses, Linie 24, wurde abgerissen und auf die Straße geschleudert. Der Fahrgast beider Fahrzeuge bemächtigte sich eine beispiellose Panik, laute Schreie und Schreie erklangen aus den Wageninnern. Alles glaubte zunächst an eine Katastrophe. Vorübergehende machten sich sofort an das Hilfswerk, andere alarmierten die Feuerwehr und das städtische Rettungswesen. Glücklicherweise bewahrte sich das Gerüst von Todesopfern und vielen Schwerverletzten nicht. Nur drei Personen hatten mehr oder minder erhebliche Verletzungen erlitten, die aber, wie sich später herausstellte, nicht lebensgefährlicher Natur sind. Der 50jährige Straßenbahnkassierer Albert Tuchy aus der Florastr. 58 zu Pantow zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu. Der 17jährige Kaufmann Rahn Segner aus der Linienstr. 44 erlitt Verletzungen an beiden Händen und an der Stirn. Die Ehefrau Marie Jäger, aus der Wallner-Theater-Straße kam mit einer geringfügigen Verletzung und Hautabschürfungen davon. Während die Verletzten nach Anlegung von Rotwunden in ihre Wohnungen entlassen werden konnten, mußte der Kassierer von der Feuerwehr in das Hedwigstrassenhaus gebracht werden. Die 41jährige Ehefrau Olfeta Kasper aus der Kopenstr. 14, die in dem beschädigten Autobus fuhr, erlitt einen Nervenschock, konnte aber, ihrem eigenen Wunsch entsprechend, in ihre Wohnung gebracht werden. Die Unfallstelle wurde in weitem Umkreis durch ein starkes Schuttpolizeigebot abgeperrt. Der Polizeioberpräsident Dr. Friedensburg, Oberbranddirektor Gempy und der Leiter des städtischen Rettungswesens, Dr. Paul Frank, leisteten persönlich die erforderlichen Hilfsperrungen- und Hilfsmaßnahmen. Durch den Unfall mußte der gesamte Fußverkehrs- und Straßenverkehr unterbrochen werden. Die Aufräumarbeiten, die von der Feuerwehr und von Arbeitern der Untergrundbahn vorgenommen wurden, dauerten bis in die späten Abendstunden hinein. Es ist noch als ein besonderer Glückszustand zu be-

zeichnen, daß sich der sogenannte viele Zentner schwere Kammhär gerade unten befand. Im anderen Falle hätte das Unglück einen viel größeren Umfang annehmen können. Eine genaue Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist bereits eingeleitet worden. Es wird aber vermutet, daß das Unglück durch ungeschickliche Bedienung herbeigeführt worden ist.

Der Schachteinsturz in der Neanderstraße.

Zu dem Schachteinsturz in der Neanderstraße, wo ebenfalls Bauarbeiten für die Untergrundbahn vorgenommen werden, über den wir bereits in einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe berichteten, erfahren wir noch folgendes: Gegen 1 Uhr nachmittags rutschten vor dem Hause Neanderstr. 33 etwa drei bis vier Kubikmeter Sandmassen, die durch einen Bohlenverschlag herausgedrückt wurden, in den fünf Meter tiefen Schacht. Mehrere Arbeiter, die dort beschäftigt waren, konnten sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen und wurden verschüttet. Die Feuerwehr wurde gerufen. Nach wenigen Minuten erschienen sie an der Unfallstelle. In der Zwischenzeit hatten sich bereits Arbeitskollegen an die Bergung der Verschütteten gemacht. Zwei von ihnen, der 35jährige Arbeiter Wilhelm Schulz aus der Kopenhagener Str. 14, und der 22jährige Arbeiter Alfred Kabeitz aus der Müllerstraße 25 hatten innere Verletzungen erlitten und mußten in das Bethanienkrankenhaus übergeführt werden. Es besteht keine Lebensgefahr. Ein dritter Arbeiter, der 60jährige Ernst Ruben aus der Altensteiner Str. 26 konnte nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle in seine Wohnung entlassen werden. Eine Untersuchung über die Ursachen des Schachteinsturzes ist eingeleitet worden.

Lichtstörung im Zentrum Berlins.

In der fünften Stunde wurde das Zentrum Berlins von einer etwa halbstündigen Lichtstörung heimge sucht, die sich in den Geschäften der City recht unangenehm bemerkbar machte. Die Stromstörung hatte ihre Ursache darin, daß in den Umformerwerken Königin-Augusta-Straße und Markgrafenstraße infolge Schwankungen in der Hochspannungseitung, sogenannter primärseitiger Störungen die Umformerautomaten überlastet wurden und heraussprangen. Die Beseitigung der Stromunterbrechung nahm in der Königin-Augusta-Straße nur etwa 5 Minuten in Anspruch, während es in der Markgrafenstraße, von wo aus hauptsächlich die City mit Elektrizität versorgt wird, die Umschaltung etwa eine halbe Stunde dauerte, da gleichzeitig die Automaten für Gleich- und Drehstrom betroffen waren. Die Untersuchung, worauf die Stromschwankungen in Leitungswegen zurückzuführen sind, ist noch nicht abgeschlossen.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Autobus.

Zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen einem Autobus der Linie 5 und einem Straßenbahnzug der Linie 60 kam es gestern nachmittag um 4 1/2 Uhr vor dem Hause Potsdamer Str. 122. Hierbei wurden zwei Fahrgäste schwer verletzt. Der 22jährige Dekorationsmaler Karl Rosenkranz aus der Florastr. 6 zu Steglitz, zog sich schwere Kopfverletzungen zu und der 23jährige Diplomingenieur Max Leebner aus der Magienstr. 26 zu Steglitz, trug einen Arm- und Schulterbruch davon. Die Verletzten wurden durch einen Wagen des städtischen Rettungswesens in das Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Durch den Unfall entstand eine längere Verkehrsstörung. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Geldstrafe für Vater und für Sohn — wegen fortgesetzten Betruges.

Kommunisten und Heilsarmee.

Zu schweren kommunistischen Ausschreitungen kam es gestern abend gegen 8 Uhr in der Schönhauser Allee. Ein Zug von 25 bis 30 Personen, die der Heilsarmee angehörten, zog mit Musik vom Helmholzplatz durch die Dunder- und Siargarder Straße zur Schönhauser Allee. Der kleine Zug wurde von etwa 500 Kommunisten begleitet, die sich in groben Beschimpfungen und Bedrohungen gegen die Leute der Heilsarmee ergingen. Zur Sicherung wurde der Zug von Polizeibeamten des 63. und 64. Regiments begleitet. In der Ecke Schönhauser Allee und Miltstrasse stürmten die Kommunisten auf die Heilsarmeeangehörigen ein. Die Beamten waren gezwungen einzugreifen und bildeten zunächst eine Sperrlinie, um die Angreifer abzuhalten. Die Menge nahm hierauf gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung ein. Der 27jährige Arbeiter Willi Bolter, der wohnungslos ist, wurde festgenommen und der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zugeführt.

Ein Oberleutnant als Raubmörder hingerichtet. In der Frühe des Freitag fand im Hofe des Budapestler Militärgefängnisses die Hinrichtung des wegen Raubmord zum Tode durch den Strang verurteilten Oberleutnants Gustav Debecker statt. Erst zwölf Minuten, nachdem der Scharfrichter den Vollzug des Todesurteils gemeldet hatte, konnte der Arzt den eingetretenen Tod feststellen. Nach der Hinrichtung wandte sich eine große Menge in wilden Beschimpfungen gegen den Scharfrichter und keine heissen Geßßen, ja daß ein starkes Polizeiaufgebot zum Schutz eingreifen mußte.

Die Ordner der Proletarischen Festsünden trafen sich am Sonntag, den 14. November, früh 9 Uhr, im Großen Schauspielhaus zur Revolutionsfeier der FUD.

zwischen Unkosten und Einnahmen gewähren, und nur die Gebühren bei großen Objekten bemessen sind, daß der Anwalt bei diesen auch seinen Verlust an den kleinen Objekten hereinbringen kann. Ich verstehe wohl, wenn die Großkapitalisten gegen eine derartige soziale Staffelung der Anwaltsgebühren (die Bemühungen sind bei kleinen Objekten natürlich die gleichen wie bei großen Objekten) Sturm laufen, habe aber Zweifel, ob es im Interesse der wertigen Bevölkerung liegt, auch ihrerseits eine derartige Regelung anzugreifen. Ich möchte nur erwähnen, daß bei der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung der Anwalt in der untersten Wertstufe für die Klagefrist, die Schriftsätze sowie für die Kontenzen und Korrespondenzen ganze 2 M. erhält, und für die Wahrnehmung der Termine, die insbesondere in Berlin oft viele Stunden in Anspruch nehmen, gleichfalls 2 M. Wenn eine Beweisaufnahme stattfindet, kommt hierzu noch eine Gebühr für die Vertretung in der Beweisaufnahme mit 1 M., und falls das Ergebnis der Beweisaufnahme verhandelt wird, eine weitere Gebühr von nochmals 1 M. Die Gebühren dieser Wertstufe sind genau halb so hoch, als sie vor dem Kriege waren.

Ein „Kulturwerk ersten Grades“.

Herr Friedeburger und Sohn hatten eine sehr einfache Methode erunden, um zu Geld zu kommen: Sie gründeten ein Verlagsunternehmen „Deutsche Kultur“ und beschloßen, ein deutsches „Kulturwerk“ ersten Grades zu schaffen. Zu diesem Zwecke suchten sie mehr oder weniger bekannte Künstler, Dichter und Wissenschaftler auf, ließen sich von ihnen den Lebenslauf erzählen, Photographien geben — und eröffneten ihnen dann, daß es von ihnen sehr freundlich wäre, wenn sie sich auch das Kulturwerk ersten Grades bestellen würden. Es dürfte nur die Kleinigkeit von 185 M. kosten — dafür würde es aber auch ein Prachtwerk werden. Die Künstler und Wissenschaftler waren auf diese Zumutung eigentlich nicht gefaßt. Wohl wünschten sie etwas für ihre Unsterblichkeit zu tun, auch hatten sie nichts dagegen, für sich einen Separatabzug ihres Lebenslaufes zu erhalten. Daß sie aber zu ihrer Unsterblichkeit auch durch die Abnahme des Kulturwerks beitragen sollten, wollte ihnen gar nicht einleuchten. Aber schließlich, was tut man nicht um der Unsterblichkeit willen! So bestellten die Künstler und Wissenschaftler das „Kulturwerk ersten Grades“ und erhielten es auch. Groß war aber ihr Erstaunen, als es sich nun herausstellte, daß es mit einem Prachtwerk nichts gemein hatte und auch gar kein „Kulturwerk“ war. Der Einband war, wie der Sachverständige sich ausdrückte, einfach Dreck, das Papier taugte auch sehr wenig und ein großer Teil des Buches diente allein Reklamewecken, in dem Bäder und Kurorte beschrieben wurden. Verschiedene Wissenschaftler und Künstler waren ohne ihr Wissen da hineingeraten, andere nahmen ihre Einwilligung zum Abdruck ihres Lebenslaufes zurück. Die Besteller des Wertes weigerten sich, aber den Rest des Subskriptionspreises zu zahlen. So wurden sie verklagt. Die Betroffenen machten aber ihrerseits den Staatsanwalt mobil. So standen Herr Friedeburger und Sohn gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg und die Wissenschaftler und Künstler traten einer nach dem anderen vor den Saugentisch und erklärten, daß sie sich betrogen fühlten. Das waren es offensichtlich auch. Das Urteil lautete auf 11 Monate Gefängnis und 2000 M.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Jungsozialistische Vereinigung Revolutions-Feier

morgen, Sonntag, 14. Nov., vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. Einlaß 10 Uhr. — Eintrittskarten à 50 Pf. sind an der Kasse erhältlich. Vortrag: 1. Gemeinames Lied: Wir werden im Eichen 2. Prolog: Der neue Simon (Mar. Barthele). 3. Horst zum Gedenken der Revolution: A. Saenger, W. v. M. 4. Weihnachtslied, Dramatisches Spiel für Bewegung: Prolog von Herrn. Claudius (Schlaufführung). 5. Gemeinames Lied: Wann wir schreiten...

\$1568
das
Bürgerlichen Gesetzbuches
sagt, daß es unter Umständen ein Scheidungsgrund sein kann, wenn einer der Ehegatten einen üblen Mundgeruch hat und dadurch das weitere eheliche Zusammenleben unentzählich macht.
Eine kräftige Mundspülung mit
ODOL
verbürgt frisch-duftenden Atem.

95 JANDORF 95

WOCHE

Belle-Alliance-Strabe • Gr. Frankfurter Strabe • Brunnenstrabe • Kottbusser Damm • Wilmersdorfer Strabe

Unsere bekannte und beliebte

„95 Pfennig Woche“

beginnt Montag, den 15. November

Vorverkauf heute



Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8. Cavalier, russi-
cans - Bajazzo
Schauspielhaus
8 Uhr: Lulu
Schiller-Theater
8 Uhr: Wilhelm Tell

Städtische Oper
Charlottenbur-
7 1/2 Uhr:
Carmen
M. Ostrowska
E. Schipper
Abonn.-Turnus III.

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:
Kaidhardt
v. Gneisenau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert
Sonntag, 14. Novbr.
nachm. 3 Uhr:
Gesellschaft

Kammerspiele
Norden 10334-38
1 1/2 Uhr:
Der gefällig, Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr:
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr:
**Varleté-
Neuheiten**
Sonntags 2 Vorstellungen
2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr,
3^o zu ermäßigten
Preisen d. ganze
Programm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. im Schillparkdamm
8 Uhr:
Nachtsyl
Morgen
Lysistrata
8 Uhr:
Nachtsyl

Komische Oper
Der große Opernserfolg
Adrienne
Tägl. 8 Uhr
mit Serak, Wassely, Wiri, Blass
Boettcher, Hell, Loebell, Schuster.
Sonntag nachm. 3 U.: in 1. Besetzung
Die Fledermaus
Vorverkauf ununterbrochen v. 10 U. an.

Trianon-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
„Dirnentragödie“

Wallner-Theater Nur noch eine Woche
Täglich 8 Uhr u.
Sonntags 3 Uhr
Hasemanns Töchter

Wintergarten
Täglich 8 Uhr
Sonntag 3.30 Ermäßigte Preise
Räucher gestaffelt

Rose-Theater
4 Uhr: Max u. Moritz
8 1/2 Uhr:
Was ihr wollt

Apollo - Th.
Tägl. abends 8 U.
Der große Erfolg
Die bunte Tüte
12 fröhli. Bild. vom
Frühling, von der
Liebe und was
dazu gehört
Vorverk. 11-1 Uhr
Sig. nachm. 3 1/2 U.
Familien-Vorvig.
bei halb. Preisen:
Die bunte Tüte
Erstausg. aller Besonderegehörigen
nicht einzeln.
Die Ortsverwaltung.

Wohltätigkeitsvorstellung
Theater in der Klosterstr.
Sonntag, 14. November, nachm. 3 Uhr
Bombast und Schwung
Lustspiel von Emil Hallupp
Der gesamte Reinertrag wird dem
Hilfsverein für Frauen und Kinder
politischer Gefangener überwiesen.

Rennen zu Strausberg
Sonntag, d. 13. Novbr.
nachmittags 1 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wachtung! Hilfsarbeiter Wachtung!
Die Einlasskarten für die Kino-
vorführung in unserer Kulturabteilung
am Sonntag, den 13. November, sind
bereits vergriffen.
Kollegen ohne Einlasskarten können
keinen Zutritt erhalten.

Montag, den 15. November, abends
8 Uhr, im Lokal von **Chefmann**
Jugendhof, **Edel-Mustauer Straße**
Gemeinschaftliche Versammlung
der in der Bierdruck- u. Schänken-
industrie beschäftigten Personen.
Tagesordnung: 1. Die wirtschaft-
liche Lage in unserer Branche. 2. Ber-
schiedenens.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich
zu erscheinen.

Wachtung! Gürtler Wachtung!
Montag, den 15. November, nachm.
4 1/2 Uhr, im **Smaldis Vereinshaus**,
Stalhofer Straße 126
Branchenversammlung
der Gürtler, Monteure, Kronen-
schloffer und -klempner, Bronzereu-
er, Bronzlerinnen u. Montierinnen
Tagesordnung: 1. Branchenbericht
2. Disziplin und Verschleßen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Erfcheinen aller Branchenangehörigen
nicht einzeln.
Die Ortsverwaltung.

HEUTE

UFAPALAST am Zoo
Lilian Harvey in
Die heusche Susanne
Regie: Richard Eibberg
Lilian Harvey in jeder
Vorstellung persönlich

GLORIAPALAST a. d. Gedächtniskirche
Harold Lloyd in
Harold, der Sportstudent
Jugendliche haben Zutritt

KURFÜRSTENDAMM
Kurfürstendamm 26
Gösta Ekman in
Der tanzende Tor
5 Uhr Vorstellung
ermäßigte Preise

MOZARTSAAL
am Nollendorplatz
Jackie Coogan in
Alles für die Firma
Jugendliche haben Zutritt

TAUENTZIENPALAST
Tauentzienstraße 18
Die Flucht in den Zirkus
mit Marcella Albani,
Wladimir Gaidarow

UFA-PAVILLON
am Nollendorplatz
Ben Hur
Der Welt gewaltigster Film
mit Ramon Navarro

KAMMERLICHTSPIELE
Ufa-Haus Potsdamer Pl.
Faust
Eine deutsche Volksstube
Jugendliche haben Zutritt

FRIEDRICHSTRASSE
Friedrichstraße 100
Die letzte Schlacht
des Kapitlans Frank

TURMSTRASSE
Ecke Stromstraße
Lillian Gish in
La Bohème
Auf der Bühne Annas 1830

KÖNIGSTADT
Schönhaus. Allee 10-11
Faust
Eine deutsche Volksstube
Jugendliche haben Zutritt
Bühnenschau

ALEXANDERPLATZ
Lillian Gish in
La Bohème

WEINBERGSWEG
Ossi Oswald in
Das Mädel auf d. Schaukel
Bühnenschau

Hamburg-Amerika-Linie
Vorführung des neuen Films
Amerika
Das Land der
unbegrenzten
Möglichkeiten
in der
„URANIA“
Taubenstraße 48/49

14., 16., 18., 19., 21., 23., 25. No-
vember, Beginn 5 Uhr nachmittags.
15., 22., 24., 26., 28. November,
Beginn 5 Uhr nachmittags und 9 Uhr
abends. — 17. November, Beginn
9 Uhr abends

Karten im Vorverkauf an der Urania-
kasse von 10-12 Uhr vorm. und ab
4 Uhr nachm. Preise 0,50 bis 2,- M.

CARL HAGENBECK
Circus Busch-Gebäude
Sonntag
Zweimal 3 und 8 Uhr
Das volle Circusprogr.
Kinder nachmittags halbe Preise
Karten ab 10 Uhr
Circuskasse, Tietz
und Wertheim.
Kerstallbesichtigung erwachs. 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-
REVUE
Dienst-, Donnerstag u.
Sonntag nachm.
4 U. die neue Kinder-
revue Funkheuzel-
manns Märch.-Reise
mit Alfr. Braun.

55 PFENNIGE

TÄGLICH KOSTET DIE ANSCHAFUNG
DES WUNDER-INSTRUMENTES
ELECTROLA
DURCH DAS SYSTEM DER
BEQUEMEN RATENZAHLUNGEN
VORSPIEL UND PREISLISTE FÜR
RATENZAHLUNG AUF WUNSCH
BEREITWILLIGST

ELECTROLA GES.
M. B. H.
BERLIN u. LEIPZIGERSTR. 23

CASINO-THEATER 8 Uhr
Gräfin Tippmamsell
Ab Donnerstag, den 18. November:
Mister Cornedbeef
Gutschein: Fauteuil 1 Mk. Sekret 1,50

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stellener Sänger
Schloß Piepers Diele
Burleske von Maysel
Nachm halbe Preise!

Dönhoff-Brett'l
Varieté-Konzert-Tanz

Lessing-Theater
8 U.: **Mensch und
Uebermensch**
Stg. 3 1/2: **Kakuli**

Th. u. Karfürstendamm
8 Uhr: In der
Johannisnacht

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
D. Herzogin v. Elba
Stg. 2 1/2: **Amphitruo**

Der richtige Weg,
Alle die, welche an Rheuma, Gicht, Ischias, Hexenschuß,
Rückenbeschwerden und Nervosität leiden, müssen besonders
auf gereinigten Stoffwechsel achten.

STUVKAMP-SALZ
bildet auf natürliche Weise das Blut von den Ablagerungen
reinen, sorgt prompt für normalen Stoffwechsel und leistet
somit hervorragende Dienste, um die Menschen lebenskräftiger
und widerstandsfähiger zu machen.

Originalgläser M. 2,- u. 2,- in allen Apotheken u. Drogerien.

Lage und Aussichten der Maschinenindustrie.

Besserung, aber noch kein Umschwung.

Das Schicksal der Maschinenindustrie ist für die deutsche Volkswirtschaft besonders wichtig. Sie ist der wichtigste Teil der eisenverarbeitenden Industrie, die selbst die meisten Arbeiter in Deutschland beschäftigt, und hat an der 1 1/2 Millionen Mann starken Belegschaft der eisenverarbeitenden Industrie weitaus den stärksten Anteil. Ihre entscheidende Bedeutung für den Export ist unbestritten. Da die Maschinenindustrie aber eine ausgesprochene Produktionsmittellindustrie ist, wäre der Moment, in dem sich bei ihr der Umschwung von der Depression zum dauernden Konjunkturaufstieg vollzieht, auch für die Überwindung der volkswirtschaftlichen Gesamtkrise das entscheidende Symptom.

Beschäftigung und Export.

Von einem solchen entscheidenden Umschwung kann jedoch bis jetzt noch nicht gesprochen werden. Leider läßt sich die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in der Maschinenindustrie nur schwer verfolgen. So sehr man sich über den Mangel wundern muß, so muß man sich doch mit der Tatsache abfinden, daß es über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in dieser wichtigen Industrie keine Spezialziffern gibt. Die Beschäftigungsziffern des Deutschen Metallarbeiterverbandes können, anders als in der besser und stärker organisierten Textilindustrie, auch nur für den kleineren Teil der eisenverarbeitenden Industrie ein Entwicklungsbild geben. Immerhin gewähren sie einige Anhaltspunkte auch für die Maschinenindustrie. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiterverband zeigen vom September 1925 bis September 1926 folgendes Bild:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Zusammen	Vollbeschäftigt
	(in Prozent der Belegschaft)	(in Prozent der Belegschaft)		
1925 September	5,1	18,8	21,9	78,1
Dezember	16,2	80,1	45,8	54,7
1926 März	24,1	86,2	60,8	39,7
April	19,7	25,7	45,4	54,6
Juli	21,7	26,2	47,9	52,1
September	19,5	21,4	40,9	59,1

Danach hat die Unterbeschäftigung im Metallarbeiterverband mit über 60 Proz. der Mitglieder im März 1926 einen erschreckenden Höhepunkt erreicht, wobei fast 25 Proz. der Mitglieder vollständig ohne Arbeit waren. Der April zeigt eine plötzliche Besserung, die sich aber durch die Verschlechterung von Mai bis Anfang Juli als vorübergehend erweist, um erst seit der zweiten Hälfte des Monats Juli einem allmählichen und zunächst dauerhafteren Aufstiege zu weichen, der bis in den Oktober und November sich fortgesetzt haben dürfte. Daß diese Entwicklung beim Deutschen Metallarbeiterverband denjenigen in der Maschinenindustrie im großen ganzen entspricht, zeigt einmal die Ausfuhrkurve der Maschinenindustrie, die nach dem April wieder leicht abflacht, in den offiziellen Augustziffern einen Tiefstand erkennen läßt und für September bei sinkender Maschineneinfuhr eine Ausfuhrsteigerung um 11 auf 66 Millionen ausweist, eine Ziffer, die um 8 Proz. über dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1925 liegt.

Inlandsaufträge und Rationalisierung.

Übereinstimmung besteht auch mit dem letzten Bericht des Verbandes Deutscher Maschinenbauanstalten für den Monat Oktober. Dieser nennt die Lage der Industrie in den verschiedenen Zweigen im ganzen etwas gebessert. Die Zahl der im Oktober tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden hat sich gegenüber September um etwa 2 Proz. vermehrt, und wenn die Besserung in der Hauptsache sich auch durch Verringerung der Kurzarbeit auswirkte (im Oktober war nach dem Verband deutscher Maschinenbauanstalten aber immerhin noch ein Viertel bis ein Drittel der Belegschaft weniger als 48 Stunden wöchentlich beschäftigt), so wird doch vereinzelt von Neuinstellung von Arbeitskräften berichtet, besonders von Facharbeitern. Grundlegende Besserung ist nach dem Verein deutscher Maschinenbauanstalten auch im Oktober noch für keinen Zweig der Maschinenindustrie festzustellen. Immerhin ist die Feststellung bedeutsam, daß die eingetretene geringe Besserung (Werkzeug- und Pumpenbau, Kraftmaschinen, Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Textil-, besonders Strickmaschinen) durch erhöhte Inlandsnachfrage verursacht ist; ebenso ist der Nachdruck beachtlich, mit dem der Verein deutscher Maschinenbauanstalten die Besserung in der Kraftmaschinenindustrie unterstreicht, die immer nur dann eintritt, wenn die laufende Industrie für längere Zeit hinaus mit befriedigender Beschäftigung rechnet.

Die Auswirkungen der Rationalisierung

In der Maschinenindustrie liegen ziemlich im Dunkeln. Für Großkonzentrationen wenig geeignet, liegen die Hauptmöglichkeiten für die Maschinenindustrie in der kostenparenden Vereinfachung der Betriebe, in der Schaffung von Betriebs- und Spezialisierungsgemeinschaften, in der Typisierung und zahlenmäßigen Beschränkung der hergestellten Maschinen- und Werkzeugarten und in der Zusammenfassung gleichartiger Betriebe für den Markt und

die Produktion. In dieser Richtung scheint seit dem Ausbruch der Krise jedoch entweder ein Stillstand eingetreten zu sein, oder der Rationalisierungsprozeß vollzieht sich nur langsam und im Innern der einzelnen Betriebe. Greifbarere Wirkung dürfte aber die finanzielle Rationalisierung gehabt haben, die auf der vorjährigen Dezembertagung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten mit besonderem Nachdruck für jeden einzelnen Betrieb gefordert worden ist. Die damalige Forderung, daß die Maschinenindustrie angesichts der Krise, die nicht wieder künstlich hinauszuschieben, sondern endgültig durchzuführen sei, in erster Linie den Geschäftsumfang in das richtige Verhältnis zum Betriebskapital zu bringen habe, scheint weitgehend befolgt worden zu sein, und zwar mit gutem Erfolg für die Gewinnentwicklung.

Rentabilität und Aussichten.

Zwar schließen weitaus die meisten Gesellschaften der Maschinenindustrie ihr Geschäftsjahr am 31. Dezember, so daß erst im nächsten Frühjahr eine volle Uebersicht über die finanzielle Entwicklung möglich sein wird. Aber die schwere Krisenzeit, die für die Maschinenindustrie ja schon fast drei Jahre dauert und im vergangenen Winter und Frühjahr nur ihre äußerste Verschärfung erfuhr, scheint die Maschinenindustrie etwas früher und vor allem gründlicher zur Wirtschaftlichkeit erzogen zu haben. Und diese größere Wirtschaftlichkeit wirkt sich auch in der Rentabilität stärker aus, als es die gedrohten Aufträge und die sehr verschärfte Weltkonkurrenz erwarten lassen sollten. Von Zahlungseinstellungen und Geschäftsaussichten bei größeren Maschinenbauvereinigungen hat man trotz (auch vielleicht wegen) der Vernachlässigung der Maschinenindustrie durch die Privatbanken, über die auch der Oktoberbericht des VDMV. sich wieder heftig beschwert, im letzten halben Jahr wenig vernommen. Im Gegenteil haben mehrere Gesellschaften für den Großmaschinenbau, die allerdings von der Elektrizitätskonjunktur profitieren, die Dividendenzahlung wieder ausgenommen oder vergrößert.

So hat die Pöge-Elektrizitäts-A.G., Chemnitz, die neben elektrischen Großmaschinen und Lokomotiven auch Automobilefabrikation, ihren Vorjahrsverlust von 36.000 M. in einen Gewinn von 218.000 M. umgewandelt und verteilt eine Dividende von 6 Proz. Das Kapital wird zum weiteren Ausbau des gebesserten Geschäfts von 3,50 auf 6 Mill. erhöht. Aus der Textilindustrie, die keineswegs zu ihrem dauernden Vorteil das Verlangen nach Staatshilfe vorantreibt, meldet die G. Seebach-A.G., West- und Maschinenfabrik, Wesermünde-Bremerhaven, daselbe. Obwohl die Abschreibungen in der erforderlichen Höhe vorgenommen wurden, ist der Vorjahrsverlust zum 30. Juni 1926 einem bescheidenen Gewinn gewichen.

Bei der Maschinen- und Kranbau-A.G., Düsseldorf, die für ihre Fabrikation einmal von der Industriefien und privaten Baukonjunktur, sondern für ihren Böhmer Traktorenbau von der Landwirtschaft abhängt, ist das Verhältnis allerdings umgekehrt. Im Vorjahr verteilte sie 5 Proz. Dividende. Daß sie jetzt aber bei 2,75 Mill. Kapital einen Verlust von 176.000 M. ausweist, verdankt sie sehr bemerkenswerterweise ihrem Anlauf zur Traktorenüberproduktion, zu dem sie die vom Staat vermittelten Traktorenkredite verführte. Die großen Vorräte und die auf größte Produktion eingestellten Betriebe erzwingen eine Arbeitsreduktion, die die Kosten mit den erzielbaren Preisen in Widerspruch setzen. Die Eisengießerei- und Maschinenbau-A.G. Leipzig erzielte auf 284 Mill. Aktienkapital den sehr hohen Reingewinn von 419.000 M. Die schon immer hochrentable Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik A.G., Leipzig-Coswig, endlich hat durch die Vereinigung der gesamten Produktion in einem Betrieb, trotz der im allgemeinen etwas verschlechterten Konjunktur für Druckmaschinen, ihren Umsatz und wertmäßig gegen das Vorjahr noch gesteigert und verteilt aus einem Reingewinn von 408.000 M. auf das 2,40-Mill.-Kapital eine Dividende von 10 Proz. Das Kapital ist außerdem auf 3 Mill. erhöht worden. Auch für die große Berliner Maschinenfabrik von Schwanke & Co. ist erstmals eine Dividende für das am 30. Juni geschlossene Geschäftsjahr angekündigt worden.

Im ganzen gesehen ist freilich die Wiederherstellung der starken Stellung und großen Rentabilität, wie sie die deutsche Maschinenindustrie in der Vorkriegszeit hatte, eine Frage von Jahrzehnten und Jahrzehnten. Dazu kann die Rationalisierung in den eigenen Betrieben, die Verbilligung der Maschinen und auch ein gesteigerter Export wohl manches beitragen. Die wirkliche Gesundung der Maschinenindustrie aber hängt davon ab, ob ihre Hauptabnehmer, die Kohlstoff- und die Textilindustrie, mehr kaufen können. Mehr kaufen können diese Industrien aber erst, wenn die Verbilligung und Anreicherung des Konsums der breiten Massen so groß werden, daß von selbst ein größerer Maschinenverbrauch eintritt und der Fortschritt der Maschinenteknik von dem gesteigerten Massenbedarf ausgeht. Alle Rationalisierung der Industrie bleibt schließlich wirkungslos, wenn sie nicht die

Intensivierung des Verbrauchs zur Folge hat. Dafür aber hat sich die Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmer bisher noch immer als zu kurzfristig erwiesen, und so wird man auch für die deutsche Maschinenindustrie in der nächsten Zukunft die Erwartungen nicht zu hoch spannen dürfen.

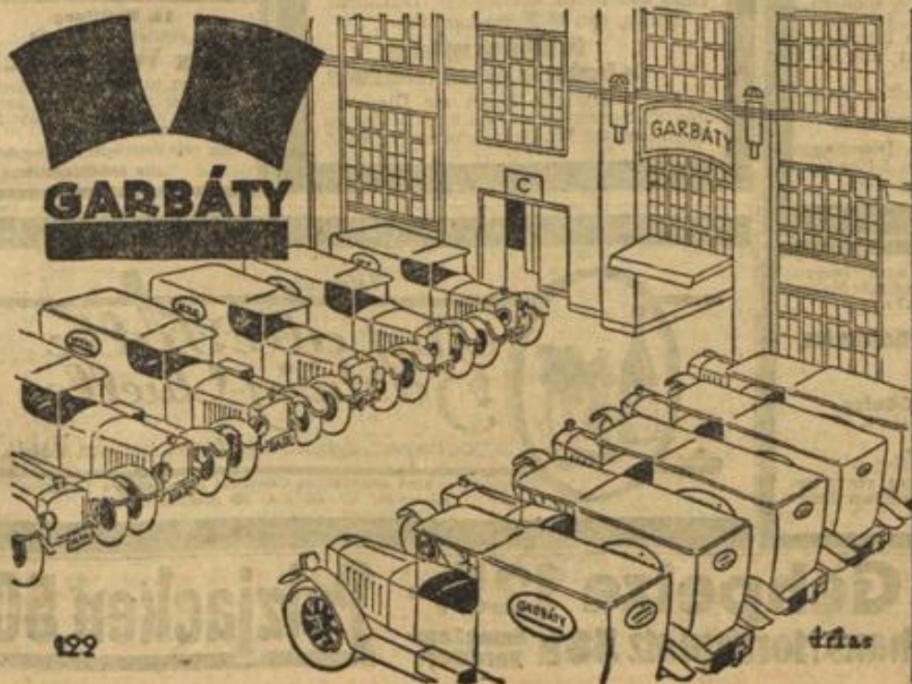
Die österreichische Postsparkassenaffäre.

Im Jahre 1883 hat Präsident Coeh die österreichische Postsparkasse nach englischen Muster gegründet. 1887 wurde der Staat und Clearingverkehr eingerichtet, nicht ohne daß vorher heftige Widerstände der Großbanken überwunden werden mußten. Durch Jahrzehnte hindurch aber war die österreichische Postsparkasse wegen ihrer musterhaften internen Organisation ein Institut von Weltberuf, das alljährlich von zahlreichen Fachleuten aus aller Herren Länder aufgesucht wurde. Aber nicht nur die Technik der Postsparkasse stand auf der Höhe der Zeit. Was finanzpolitisch ihr größtes Verdienst war, bestand darin, daß ihre Verwaltung sich immer gegen den Mißbrauch durch leichtfertige Finanzminister zu wehren verstand. Präsident Coeh setzte es sogar durch, daß die Postsparkasse aus diesem Grunde dem Handelsminister unterstellt wurde, um sie den Zugriff der Finanzverwaltung zu entziehen. Als Finanzminister Dunajewski verlangte, die Postsparkasse solle eine zu emittierende Staatsanleihe kaufen oder lombardieren, trat Präsident Coeh zurück. Aber selbst während des großen Krieges blieb die österreichische Postsparkasse von schwerwiegenden Eingriffen der Finanzverwaltung verschont.

Erst die ereignisreiche und bewegte Inflations- und Deflationsperiode hat den Charakter dieser Rusteranstalt verdrorben. Im Friedensvertrag von St. Germain war die Aufstellung der österreichischen Postsparkasse unter die Nationalstaaten ausgesprochen worden. Während aber die Verwaltung diese schwierige Aufgabe glänzend zu lösen verstand, wurde sie in der unermesslichen geschlossenen Periode, die über das Institut hereingebrochen war, ebenfalls auf die schwankende Brücke der Börsenspekulation gesetzt, die nirgends im alten Statut vorgehoben war, aber man trübte sich damit, daß ein neues Statut noch nicht in Kraft vorhanden war. Zuerst wurden 37 Millionen Schilling zu verschiedenen Sättigungsaktionen aufgewendet. Darüber soll nicht geredet werden, denn hier stehen Meinung auf Meinung. So berechtigt die eine Auffassung ist, die Postsparkasse sei keine Heilanstalt für notleidende gewordene Finanzinstitute, so begründbar ist die andere These, daß dem Staat inmitten der Kreditblockade nichts anderes übrigbliebe, als Maßnahmen zu treffen, die geeignet waren, die Krise abzuwehren und zu verhindern, daß der Preis in Höhen emporschnelle, die der Volkswirtschaft jede positive Arbeit einfach unmöglich gemacht hätten. Bleibt nur noch die ungeklärte Frage, warum man die Postsparkasse zur Stützung einer Reihe von Instituten heranzog, während man andere fastbütig ihrem Schicksal überließ. Warum hat man der Verfehrkreditant und der Treuge, während man die Depostbank und die Bombardant einfach zusammengetragen ließ, warum schützte man Siegmund Bosel und sich Camillo Castiglioni fallen? Die eingeleitete Untersuchung wird erst diese Frage, wenn überhaupt, beantworten.

Bisher hat die Untersuchung nur die erschreckende Tatsache ans Tageslicht gefördert, daß eine Bilanz der Postsparkasse vom 30. September 1926 bei einem Gesamtvermögen von 387 Millionen Schilling einen Verlust von 110 Millionen Schilling ausweist. Die Aufstellung des Instituts auf die Nationalbanken hat mit einem Verlust von 10 Millionen Schilling geendet, dafür aber hat die Bekanntheit mit dem Bankhaus Bosel der Postsparkasse 152 Millionen Schilling gelöst. 78 Millionen von diesem Riesenertrag wurden verborgt, kaum ein Drittel davon ist durch entwertete Aktienpatente aus dem Besitz Bosels gedeckt. Hier wirt sich die Frage auf, was mit den Bergen von Effekten geschehen soll, die jetzt dem Staate gehören. Das Schicksal der Unionbank hängt von der Lösung dieses Fragentropfens ab. Aber weitere 74 Millionen Schilling hat die Postsparkasse teils im Notgeschäft, teils in Verbindung mit Bosel verloren, 43 Millionen davon in mifglückten Effektenpekulationen, 31 Millionen durch Beteiligung an der berüchtigten Frankenspekulation, in die man sich einließ, um die Verluste im Effektengeschäft zu paralysieren.

Gewiß haftet der Staat für sämtliche Einlagen der Postsparkasse mit seinem ganzen Vermögen, aber sind auch die Anleger geschert, so können die direkten Verluste endlich doch nur durch Heranziehung der Steuerzahler gedeckt werden. Die Untersuchung wird jetzt die Schuldigen aufdecken, die zur Verantwortung gezogen werden sollen. Wichtiger noch ist die Lösung der Schicksalsfrage der Postsparkasse. Bundeskanzler Seipel hat nicht nur die Durchführung des Reinigungsprozesses in der Verwaltung öffentlicher Gelder versprochen, sondern auch die Austrittsierung der Postsparkasse. Das Institut, das sich seit Jahrzehnten bei hunderttausend Geschäftsteuten eingebürgert hat, wird wahrscheinlich als eine Art Volksclearing der Nationalbank angegliedert werden. Wiederum gibt es Widerstände der Großbanken zu überwinden. Der Gouverneur und der Bisegouverneur der Postsparkasse sind bereits in der Verankung verschwunden. Daß sie mit reinen Händen abgetreten sind, mag vom strafrechtlichen Standpunkt befriedigen, volkswirtschaftlich ist es hinreichend wenig. Die Affäre der österreichischen Postsparkasse reht sich ebenbürtig an die anderen großen Affären der Deflationskrise. Das Institut hat eine so ruhmreiche Vergangenheit, daß man ihm ein schöneres Ende vergönnt hätte.



KÖNIGIN von SABA frisch aus der Fabrik!

Wir unterhalten stets nur ein geringes Lager fertiger Cigaretten und produzieren nur fortlaufend frische Ware. Durch unseren grossen Autopark werden alle Händler täglich mit fabrikfrischer Ware versehen. Die Raucher erhalten dadurch unsere Cigaretten stets frisch und in bester

QUALITÄT

Der Kampf um den Kunden.

Der Reichsbund des Textil Einzelhandels hat zur Frage der Konsumfinanzierung durch Kundenkreditbriefe eine wichtige Entscheidung gefasst. Eine aus allen Teilen des Reiches stark beachtete Versammlung gelangte in einmütiger Entscheidung zur grundsätzlichen Ablehnung des Kundenkreditbriefes. Die bisher beabsichtigten Einrichtungen bieten nach seiner Auffassung keine Gewähr dafür, daß die behaupteten günstigen Wirkungen erreicht werden. Er erblickt in ihnen vielmehr eine überwiegende Gefahr für die Verbraucherfreie wie für die gesamte Wirtschaft. Diese Entscheidung wird ihren hemmenden Einfluß auf die Organisations des Einzelhandels hoffentlich nicht verfehlen.

Die „Vertraulichen Berichte“ der Genossenschafts-Abteilung der Dresdener Bank, das Zentralorgan der ehemals Schulze-Dehnschen Kreditgenossenschaften des Mittelstandes, macht ebenfalls die schwersten Bedenken gegen die Konsumfinanzierung geltend, die zu gerade dem Einzelhandel gefährdenden Experimenten führe. Um aber Schäden möglichst zu vermeiden und den Druck zur Bildung von Kreditgenossenschaften in sicheren Bahnen ablaufen zu lassen, habe die Dresdener Bank mit der Kreditanstalt für Verkehrsmittel A.G. die Gründung einer Zentralgenossenschaft des deutschen Einzelhandels in Aussicht genommen, die örtliche und Fachgründungen einheitslich beraten und eventuell finanzieren solle.

In diesem Zusammenhang wichtig ist auch ein Runderlaß des preussischen Staatsministeriums, der in Zukunft jeglichen Warenhandel einschließlich Einkaufsvermittlung, Auslegung von Sammellisten durch Beamte oder Bezugsgemeinschaften von Beamten in den Diensträumen untersagt. Ausnahmen sind nur mit ministerieller Erlaubnis zulässig.

Für den heutigen Kampf um den Kunden charakteristisch ist ferner die Meldung über die Ausdehnung der internationalen Warenhauskaufgenossenschaft zwischen der „American Retailers Association“ in New York, den „Magasins réunis“ in Paris und der „Leonhard-Tietz-A.G.“ Köln zu einem Weltkaufstrust der Warenhäuser, indem nunmehr auch italienische und englische Warenhäuser dem Trust angeschlossen werden sollen.

Am Eisenmarkt ist in letzter Zeit eine Wendung eingetreten, die für die Konjunkturaussichten eine besondere Bedeutung hat. Bekanntlich hat die Schwerindustrie bereits seit längerer Zeit besseren Absatz. War aber früher das Ausland der wichtigste Abnehmer, so ist neuerdings die Kaufkraft der deutschen Fabrikanten in den Vordergrund getreten. Das läßt darauf schließen, daß die deutsche Verarbeitungsindustrie sich mit größeren Mengen an Rohstoffen und Halbfabrikaten eindeckt, weil sie mit besserer Beschäftigung rechnet. Der Schwerindustrie erwächst aus der Entwicklung der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Trust- und Verbundbildung ein doppelter Vorteil: die stark rationalisierten Werke werden stärker ausgenutzt, und damit sinken die Selbstkosten. Hinzu kommt, daß die Weltmarktpreise steigende Richtung zeigen, und daß der Eisenexport aus dem früheren Zuschußunternehmen zu einem einträglichen Gewinngeschäft geworden ist. Damit rückt der Zeitpunkt näher, wo die deutschen Verbände ihre Preise herabsetzen und den Markt erweitern können, wenn sie es entsprechend ihren Zusagen an die Verbraucher auch wirklich wollen. Es wird sich also bald zeigen, ob die Eisenkonjunktur der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt oder ob die Verbände weiter darauf bedacht bleiben werden, höchste Preise zur Steigerung des Kapitalprofits zu nehmen. Nach den bisherigen Praktiken der Schwerindustrie ist das letzte wahrscheinlicher.

Das Vermögen des Hauses Stinnes. Ueber die Vermögenswerte des kürzlich in zwei amerikanischen Holdinggesellschaften reorganisierten Hauses Stinnes etwas zu erfahren, ist schwer, weil das Vermögen in einer G. m. b. H. zusammengefaßt ist, die öffentlich nicht zu berichten braucht. Ueber den einen Teil, den eigentlichen Kernbesitz, der erhalten und nicht abgetrennt werden soll, verbreitet jetzt der Prospekt einiges Licht, den New Yorker Emissionsbanken zur Auflegung einer 12 1/2 Millionen-Dollaranleihe veröffentlichten (erste Hälfte der 25-Millionen-Dollaranleihe). Die Anleihe ist 7prozentig, läuft auf 20 Jahre und hat einen Ausgabekurs von 99 1/2 Proz. Nach diesem Prospekt würde der Wert der Kohlen-, Kohlenhandels- und schiffahrtsinteressen von einer englischen Treuhandfirma auf über 34 Millionen Dollar (rund 143 Millionen Mark) geschätzt. Der anteilige Gewinn darauf belief sich nach Abzug der Abschreibungen und Steuern im Jahre 1924 auf 2,29 Millionen Dollar, im Jahre 1925 auf 1,25 Millionen Dollar. Für 1926 wird ein Gewinn von 2,5 Millionen Dollar erwartet. Dagegen betrage die größte jährliche Zinsenlast der aufgelegten Anleihe nur 875 000 Dollar. Im Aufsichtsrat der Holdinggesellschaft, die die Stinnes'schen Kohleninteressen verwaltet, sitzen 4 Amerikaner und 3 Deutsche, darunter die Witwe von Hugo Stinnes. Die amerikanische Mehrheit läßt deutlich die Amerikanisierung der Stinnes-Interessen erkennen.

Wohnungsdebatte im Landtag.

Hirtsfiebers Vorstoß gegen die Wohnungszwangswirtschaft.

Im Verlauf der weiteren Landtagsdebatte begründet Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) den kommunistischen Protestantrag gegen die Lockerung des Mieterschutzes für große Wohnräume und Geschäftsräume.

Abg. Hoff (Dem.): Wir sind grundsätzlich für Lockerung der Mietzwangswirtschaft, aber von dem Erlaß des Wohlfahrtsministers peinlich überrascht. Der Erlaß hätte ohne Fühlung mit dem Parlament nicht hinausgehen dürfen.

Abg. Dr. Kaufhold (Dmal.): Der Erlaß des Wohlfahrtsministers hat große Unruhe in weitesten Kreisen hervorgerufen, aber diese Unruhe ist unbegründet, denn wir wollen den Mieter gar nicht schutzlos lassen. (Lachen links.)

Wohlfahrtsminister Hirtsfieber:

Wir haben im Jahre 1926 rund 120 000 Wohnungen beziehbar fertiggestellt. Die Verzögerung im Bauprogramm liegt an der Verschleppung der Verabschiedung der Hauszinssteuer. (Hört, hört! links.) Für meinen Vorschlag der dreißigprozentigen Mietzinssteuererhöhung bin nur ich verantwortlich. Irgendwie müssen wir aber aus der Wohnungsnot heraus, irgendwie müssen wir jährlich 200 000 Wohnungen bauen, und ein besserer Plan ist mir noch nicht gegeben worden. Ich bin überzeugt, daß wir an der Steigerung der Miete in den alten Häusern überhaupt nicht vorbeikommen. (Abg. Lüdemann: Und die Arbeiterlöhne?) Unsere Wirtschaft muß eben höhere Löhne tragen, sonst kommen wir in der Wohnungsfrage nicht vorwärts. Auf die Dauer ist es nicht möglich, daß ein geringer Teil der Bevölkerung teure Miete in neuen Häusern zahlt. (Große Heiterkeit links.) In großen Wohnungen haben wir geradezu Ueberfluß. Der gegenwärtige Mieter bleibt auch bei Großwohnungen und Geschäftsräumen im Besitz und in der Mietshöhe geschützt. Sollte sich Neumietern gegenüber irgendwelcher Mietwucher zeigen, so habe ich meine Verordnung ganz glatt wieder auf. (Beifall rechts.)

Abg. Langer (Z.) und Abg. Spiekernagel (D. Vp.) stimmen dem Erlaß des Wohlfahrtsministers zu.

Abg. Meyer-Sofingen (Soz.):

Der Minister erleidet dem Druck der Kreise, die sich um die Wirtschaftspartei gruppieren. Leider haben auch im Ausschuß die politischen Freunde des Ministers Anträge auf Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft unterstützt. Selbstverständlich haben wir in der kapitalistischen Wirtschaft keine Aussicht auf Verwirklichung einer sozialistischen Wohnungswirtschaft. Der Redner bezieht sich auf das Beispiel Wiens, das eine großzügige Wohnungspolitik unter Ausschaltung kapitalistischer Renten betreibt. In Anbetracht der katastrophalen Notlage des Volkes halten wir jedenfalls eine Mietzinssteuer für ganz untragbar.

In bezug auf das im Januar einstimmig angenommene Wohnungsbauprogramm sind unsere Hoffnungen nicht erfüllt worden. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms freiert der Wohnungsbau eine große Rolle. Trotzdem sind die Maßnahmen zu seiner Förderung unzulänglich geblieben. Das Reich hat zwar 200 Millionen als Zwischendebite dafür zur Verfügung gestellt, sie sind nicht in Anspruch genommen worden, weil anderweitig Kapital zu günstigeren Bedingungen angeboten wurde. Hier muß grundsätzlich Wandel geschaffen werden. Wir begrüßen die Förderung des Wohnungsbauens in dem Programm des Ministers. Aber auf keinen Fall können wir uns mit der Erhöhung der Hauszinssteuer um 30 Proz. einverstanden erklären. Die Belastung der breiten Massen würde dadurch untragbar werden.

Die Verteilung der Hauszinssteuererträge ist völlig unzulänglich. Das flache Land, das nachweislich am wenigsten aufbringt, erhält den Löwenanteil. Auf der anderen Seite hat die Stadt Berlin, die 40 Millionen Mark an Hauszinssteuern überwiesen hat, davon zur Behebung ihrer grauenhaften Wohnungsnot keinen Pfennig zurückerhalten.

Das Wohnungsbauprogramm der freien Gewerkschaften bietet eine geeignete Grundlage, die Wohnungsnot zu bekämpfen.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Es wird dann der Bericht des Landwirtschaftsausschusses über die Verlängerung der Rückzahlungsfristen für die an die Landwirtschaft gegebenen Kredite erörtert. — Das Haus vertagt sich schließlich auf Dienstag, den 30. November.

Die Kieler Marine-„Meuterei“.

Vernehmung Rostes.

Der vierte Unterausschuß des Untersuchungsausschusses hörte gestern den Oberpräsidenten Gen. Roste, früheren Korreferenten des Reichstages für den Marineetat. Roste hat sich von dem, was ihm über Verhältnisse in der Marine während des Krieges bekannt wurde, keine Aufzeichnungen gemacht und stellte seine Ausführungen unter diesen Vorbehalt. Bis zum Ausbruch der Unruhen vom Sommer 1917 sind ihm wohl einzelne Mitteilungen über den und jenen Uebelstand in der Marine zugegangen; er hat sie auch weitergegeben und bei den zuständigen Behörden Bereitwilligkeit zur Abstellung gefunden. Aber er gewann aus dem, was er hörte, nicht den Eindruck, daß Mißstände grundsätzlich der Art vorlägen, und daß die Gefahr einer Meuterei oder Gehorhamsverweigerung drohe. Ueber ein Zusammenwirken der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit den Mannschaften, die im Jahre 1917 meuterten, ist ihm nichts bekannt.

Ueber den Ausbruch der Revolution in Kiel im Jahre 1918 bestätigte Roste im ganzen, daß, was er schon im Dalchstoffprozeß in München ausgeführt hat. Als er nach Kiel kam, suchte er längere Zeit nach der die Revolution leitenden Stelle.

Er fand keine.

Er machte schließlich in einer Volksversammlung den Vorschlag, daß er selbst die Autorität übernehmen wolle, fand Zustimmung und richtete dann mit Hilfe von Vertrauensleuten, die sich von den Schiffen einfanden, eine Regierung ein. Als er in einer späteren Sitzung zum Gouverneur von Kiel bestellt werden sollte, war bekannt, daß die Ankunft des unabhängigen Führers Abg. Haase bevorstehe. Roste schlug vor, mit seiner Bestellung bis zum Eintreffen von Haase zu warten. Der Vorschlag fand keinen Anklang und Roste wurde sofort gewählt. Als Haase kurz nachher im Amtszimmer Roste's eintraf, war er damit einverstanden, daß Roste die Führung behalte und reiste wieder ab. In alldem sieht Roste den Beweis, daß

von einer Organisation der Revolution durch die USPD. keine Rede sein konnte.

Der einzige Unabhängige, der in Kiel eine gewisse Rolle spielte, als Roste kam, war Artelt. Auch er erwies sich einer Führungsaufgabe nicht gewachsen. Von einer Wirksamkeit der links von den Unabhängigen stehenden politischen Gruppen hat Roste in Kiel gleichfalls nichts bemerkt. Nach seiner Meinung entsprang die Revolution aus dem elementaren Verlangen der Mannschaften, nach Hause zu kommen, nachdem durch Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen der Krieg nach ihrer Meinung tatsächlich zu Ende war. Ende Oktober wäre es vielleicht noch möglich gewesen eine Operation mit der Flotte zu unternehmen. Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet waren, hätte auch ein Befehl der Regierung des Prinzen Reg die Leute nicht mehr dazu gebracht, zur Seeschlacht auszulaufen.

In die Ausführungen des Oberpräsidenten schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in die insbesondere die Abgeordneten Brüninghaus und Kuhn eingriffen. Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung, in der Ausführungen des Sachverständigen Viceadmiral v. Trotha über den technischen Wert der Flotte entgegengenommen werden, fortgesetzt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin 614, Seebahnstr. 27/28, Hof 2. Tr.
Wahlspartenabteilung: Sonntag, d. 14. vom Arbeitabend im Bootshaus, nachm. gemittl. Reformverein. — Tiergarten: Mo., d. 15., 8 Uhr, Appell des reformierten Kreisvereins aller alt. und post. Mitglieder. Turnhalle Schleswiger Wer. — Wedding: Als Schluß unserer diesjähr. Veranstaltungen findet am Sa., d. 20., in den Chorus-Sälen, Müllerstr. 142, ein Unterhaltungsabend mit Konz. unter Mitwirkung der Sportgruppe statt. Anf. 8 Uhr. Ende 7. Karten à 50 Pf. sind in der Geschäftsstelle, Werft 13, bei Müller, sowie bei allen Stadtkassen zu haben. Die alt. und post. Sommerabend nicht Angehörigen und Gästen sind freundlichst eingeladen. — Kreuzberg: 1. Kameradschaft, Mo., d. 13., 8 Uhr, Kameradschaftsabend. In der Rotbühnenstraße, Rotbühnenstr. 90. Ref. Rom. Arbeiter, R. d. 2. Partei ausweise sind aus familiären Gründen mitzubringen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr. Pappellasse 15, Vortrag des Herrn A. Sarndt: „Offizianten, Spielmann, Sopranist, Harmonium; Wollers' Prellspiel aus „Weißkäse“ (Wagner). Güte willkommen.“
Berliner Episcopus-Kolonisation. Dienstag, 16. November, 8 Uhr, im Rest. Zum alten Kantonier“. Anhaltstr. 11, Romaspeiermann und Vortrag des Herrn C. Breiblich über „38 die Richtigkeit der Welt?“ Eintritt frei. Gdte herzlich willkommen.
Arbeiter-Wohlfahrtsbund. Heute ist die Müllergemeinschaft im Jugendheim Lützowstr. 42, Center Straße, ab 7 Uhr.
Männerchor „Hilfswort“ (Hilf). Sonntag, 13. November, 8 Uhr, Soebau Friedrichshagen, am Königssee. Weiterer Rundabend. Bühnenschen und Gesangsverträge. Anhaltend. Eintritt einfr. Steuer und Konz. 25 Pf.
Berliner Volksgesellschaft. Sonntag, 14. November. Schulaula Lange Straße 11, Bunter Abend. Anf. 7 1/2 Uhr. Beginn 8 1/2 Uhr. Eintritt einfr. (Schilke) Gardende 60 Pf.

Gewinn-Auszug

2. Klasse 28. Preussisch-Süddeutsche (254. Preuss.) Klassenlotterie
1. Ziehungstag 12. November 1926, vormittags

Auf jede einzelne Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten
Es wurden Gewinne über 90 Mark gezogen

- 2 Gewinne zu je 5000 Mk. 273566
- 4 Gewinne zu je 3000 Mk. 192114 228940
- 2 Gewinne zu je 2000 Mk. 92351
- 4 Gewinne zu je 1000 Mk. 229892 287882
- 6 Gewinne zu je 800 Mk. 222994 242503 247604
- 18 Gewinne zu je 600 Mk. 17395 21089 80653 130148 153704 175032 316790 318537 319345
- 108 Gewinne zu je 500 Mk. 20618 27943 28402 34809 36717 42830 57409 68897 74874 100820 107970 112198 115141 140882 141484 143678 153150 158178 158198 160228 166710 169124 182964 186299 191077 203297 203647 209143 211888 215803 218392 223663 228170 232201 239032 246541 254289 264898 280318 282988 293404 297799 298657 309481 309629 312327 313810 318356 318452 320319 325717 334512 339021
- 230 Gewinne zu je 180 Mk. 12929 13817 21478 23438 30818 33547 40267 52964 53590 55270 55248 70780 71724 73173 74333 76411 77392 91102 92741 92903 96385 98319 100039 111865 113017 118845 120977 122095 122877 124915 125147 125202 126876 128263 134601 135248 137017 137897 139473 139833 140623 148047 151946 157063 157194 164298 165664 171769 173737 174196 174390 182097 183586 183967 191357 196859 199555 202144 202455 208218 211637 212086 213110 214136 218078 217782 221234 221554 222786 226665 228191 230436 231784 235404 235819 239575 240069 244815 248150 248308 251273 251283 252182 254893 280745 281096 283083 285897 288937 272725 279603 281484 282678 283406 285682 287197 288736 290329 290864 290965 293653 297480 308217 309680 311697 313672 320490 320768 326132 339020 339245 341347 343430 344079 348589

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 63 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831

Anstellungsstelle und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulanten Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Pelzmäntel 100.- Sportpelze m. Opp.-Kragen 75.- Gehpelze 125.- Pelzjacken 50.-
Kavalleranzüge, f. a. Seide, große Auswahl, Sakkos-Anzüge von 25.- Ulster, Pelzcoats, Tüllentanzcoats, Plüschmäntel, ... 50.-
Leihhaus Moritzplatz 58a Keine Lombarware

Deutscher Verkehrsbund

In Erfüllung einer traurigen Pflicht machen wir hiermit bekannt, daß am 10. November, nachmittags, nach kurzer Krankheit unser alter, treuer Kollege, das Mitglied des Bundesvorstandes

Friedrich Himpel

verstorben ist.
Der Kollege Friedrich Himpel hat nicht nur als Mitglied des Bundesvorstandes und als Verbandsekretär seit Gründung unserer Organisation, sondern auch auf politischem Gebiete in unermüdlicher Pflichterfüllung im Interesse der Arbeiterbewegung gewirkt und gestritten.
Die Arbeiterschaft wird seiner stets ehrend gedenken.

Der Vorstand.

Die Trauerfeier findet am Dienstag, den 16. November, nachmittags 5 Uhr im Krematorium Baumchulnweg statt.

Am 11. November entschlief nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Bruske geb. Kammer

im 38. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Carl Bruske und Sohn Günter,
Berlin SO. 36, Waldemarstr. 68a II.

Familie Kammer,
Dittersbach I. Schlesien, Schulstr. 5.

Die Einäscherung findet am Montag, den 15. November, nachm. 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumchulnweg, Kiehlholzstraße, statt.

Anlässlich des unerwarteten Hinscheidens des von uns allen hochgeschätzten, lieben Kollegen und Mitarbeiters

Friedrich Himpel

fühlten wir uns gedrängt, der tiefen Trauer, in die uns der Tod dieses guten Kameraden und charaktervollen Mannes versetzt hat, öffentlichen Ausdruck zu geben. Was er uns war, läßt sich mit wenigen Worten nicht sagen. Wir teilen uns mit den Familienangehörigen in den großen Schmerz um den herben Verlust mit der Versicherung eines dauernden, ehrenvollen Gedenkens.
Berlin, den 13. November 1926.

Die Kolleginnen und Kollegen

im Hauptbüro des Deutschen Verkehrsbundes.

Die Trauerfeier findet am Dienstag, den 16. November, nachmittags 5 Uhr im Krematorium Bin-Baumchulnweg statt.

Tafelwasser
Auf alle Fälle Hartwig-Quelle
DEUTSCHE MINERALQUELLEN A.G. WILHELMSTR. 6 + MERKUR 4664-66
Vorrätig in allen einschlägigen Geschäften und ständigen Verkaufsläden der M. Pösch A.-G. für sämtlichen Bedarf.

Ein Richter im Himmel.

Ein orientalisches Märchen von W. M. Doroschewitsch.

Israël, der Engel des Todes, berührte mit seinem Flügel, als er über die Erde schwebte, den weisen Kadi (Richter) Osman.

Der Richter starb, und seine unsterbliche Seele erschien vor dem Propheten. Es war knapp beim Eingang ins Paradies.

Hinter den Bäumen hervor, die über und über mit Blüten bedeckt waren, war Schellengeläute und der göttliche Gesang der Huris zu vernehmen, die zu den überirdischen Genüssen einluden.

Aus der Ferne, aus den dichten Wäldern, erscholl Trompetenruf, lautes Pferdegetrampel und das Triumphgeschrei der Jäger. Mutige Reiter jagten auf ihren schneeweißen Schimmeln schneefüßigen Rehen und gefährlichen Ebern nach.

„Lasse mich ins Paradies hinein“, sagte der Richter.
„Gut“, entgegnete der Prophet, „doch zuerst mußt du mir sagen, womit du dir das Paradies verdient hast, so verlangt es unser Gesetz.“

„Das Gesetz?“
Der Richter verbeugte sich tief und legte die Hand auf die Stirne, dann aufs Herz, als Zeichen seiner großen Verehrung.
„Das ist schön, daß ihr hier Gesetze habt und daß ihr ihnen gehorcht. Gesetze muß es überall geben, und sie müssen überall befolgt werden. Bei euch ist es sehr gut eingerichtet.“

„Nun, womit hast du dir das Paradies verdient?“ fragte der große Prophet.

„An mir kann keine Sünde haften“, entgegnete der Richter, „denn ich war mein ganzes Leben lang damit beschäftigt, jede Sünde zu verurteilen. Ich war Richter auf der Erde. Ich habe sehr streng gerichtet.“

„Wahrscheinlich besitzt du selbst ganz außerordentliche Tugenden, wenn du über die anderen, dazu auch noch streng, urteilen durftest.“
Des Richters Gesicht verfinsterte sich.

„Was die Tugenden anbelangt . . . ich kann nicht sagen, ich war genau so wie alle anderen. Ich habe geurteilt, weil ich dafür ein Gehalt bezog.“

„Es ist keine große Tugend, ein Gehalt zu beziehen“, sprach der Prophet lächelnd. „Ich kenne keinen lasterhaften Menschen, der dessen entgehen würde. Mit anderen Worten: Du hast über die Menschen nur deshalb geurteilt, weil sie Tugenden, die auch du nicht hast, nicht besitzen, und hast dafür auch noch ein Gehalt bezogen. Diejenigen, die ein Gehalt beziehen, richten über jene, die keine bekommen. Der Richter kann über einen gewöhnlichen Sterbenden urteilen, aber ein gewöhnlicher Sterbender darf nicht über den Richter urteilen, selbst wenn letzterer schuldig ist. Mir kommt die Sache gar sonderbar vor.“

„Ich habe nach den Gesetzen geurteilt“, erwiderte der Richter trocken. „Ich kannte alle Gesetze und urteilte gesetzmäßig.“

„Nun, und die, über die du geurteilt hast“, fragte der Prophet neugierig, „kannten diese die Gesetze?“

„O nein“, antwortete der Richter stolz. „Woher! Nicht jeder-
mann kennt sie.“

„Das heißt also, du hast Menschen gerichtet, weil sie Gesetze überschritten haben, die sie gar nicht kannten?“ rief der Prophet erstaunt aus. „Und du? Was hast du dazu getan? Hast du dich wenigstens bemüht, damit jene die Gesetze kennen lernen? Hast du die Unwissenden aufgeklärt?“

„Ich habe zu richten“, entgegnete der Richter streng.
„Als du sahest, daß die Gesetze überschritten werden, hast du dich wenigstens bestrebt, es so einzurichten, daß es die Leute nicht nötig hatten, die Gesetze zu überschreiten?“

„Ich habe mein Gehalt nur fürs Richten bekommen.“
Der Richter betrachtete düster und argwöhnisch den Propheten. Dann runzelte er die Stirn, und aus seinen Augen sprach Jarn.

„Du sprichst nicht richtig, Prophet, das muß ich dir sagen“, sprach er streng. „Du denkst mir zu frei. Deinen Reden nach scheint du ein Schütz zu sein, Prophet. Ein Sunnit darf nicht so reden! Derartige Gedanken, wie du sie äußerst, Prophet, sind nach den Gesetzen der Sunniten untersagt.“

Der Richter dachte nach.
„Und daher auf Grund des Buches 4 des Sunn § 82 Blatt 132 Zeile 4 von oben, und die Erläuterungen der weisen Männer als Richtschnur nehmend, verurteile ich dich, Prophet . . .“

Hier konnte sich der Prophet nicht mehr zurückhalten, und er lachte laut auf.

„Kehe auf deine Erde zurück, Richter!“ sprach er. „Für uns bist du zu streng. Bei uns im Himmel ist man viel toleranter.“
Und er schickte den allweisen Richter auf die Erde zurück.

(Deutsch von Grete Reufeld.)

Der deutsche Werkstudent.

Von Stud. Martin Dey.

Zu Beginn des neuen Semesters bringen wir einen Kuss, des die Not und das Leid des deutschen Werkstudenten einmal der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Die darin geschilderten Zustände sind im Sommersemester 1926 in Berlin beobachtet worden.

Man glaubt vielfach, der Werkstudent sei eine Inflationsercheinung gewesen, die heute abgehan und erledigt sei. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Im Folgenden sei darum einmal einiges aus dem Leben und Leiden der Werkstudenten aufgedeckt. In den berühmten und berühmten Paraden an der Friedrichstraße wohnen Werkstudenten. Man gehe von Bude zu Bude und lasse sich erzählen. Man wird harte Dinge zu hören bekommen.

Stud. phil. I. erzählt:
„Mir geht es verhältnismäßig gut. Ich bin vom Lande. Habe in Grund und Boden 10000 Mark Vermögen. Die bringen mir monatlich 40 Mark Zinsen. Dazu habe ich augenblicklich eine Anstellung am Theater als Zettelverteiler, die mir 90 Mark im Monat einbringt. Das ganze Kabarettpersonal setzt sich dort aus Studenten zusammen.“

„Dann haben Sie ja die anständige Summe von 130 Mark im Monat.“
„Augenblicklich, ja. Aber zum ersten bin ich gekündigt. Da schließt das Kabarett. Aber ich werde schon auskommen. Ich habe allerlei Gelder an Kommilitonen verliehen, die werden mir dann schon weiter helfen. Wie gesagt, mir geht es ganz leidlich. Aber mein Zimmergenosse, der arme Kerl hat im vorigen Winter zwei Monate nichts als Kartoffeln mit Salz gegessen. Nun hat er endlich einen Freitisch in der Mensa bekommen. Augenblicklich ist er für fünf Tage auf einem Saatgutgut in B. zum Kartoffelhacken. Es gibt hier bis sechs Mark den Tag im Akkord und freie Verpflegung.“

„Ein Bude weiter.“
„Ach, ich kann ja gerade nicht klagen. Ich habe Gebührens-
satz, also keine große Ausgaben. Zu essen habe ich auch. Ich teile

Mittags an der Mensa Essen aus und bekomme dafür eine Freitisch-
karte. Die Bude kostet im Monat 6,50 Mark. Das verdiene ich mir,
wenn ich Sonnabends nachts am Potsdamerplatz Zeitungen verkaufe.
Das bringt immer die Nacht 4 bis 5 Mark ein, so daß ich also immer
noch genug für meine Barausgaben übrig behalte. Man darf eben
keine großen Sprünge machen, dann geht's schon. Wir Inländer
können eigentlich überhaupt nicht groß klagen, denn wir haben doch
immerhin einige Unterstüßungen. Aber neben mir, da wohnt ein
Finne. Dem armen Kerl geht es wahrhaftig schlecht!“

Ich lerne den Finnen kennen. Seine Geschichte:
„Ich hatte mir als Volksschullehrer 6000 finnische Mark gespart.
Damit kam ich 1923 herüber; ich hätte davon studieren können. Aber
ich kaufte mir deutsches Geld dafür. Nach drei Monaten war alles
entwertet. Da ging mein Glend an. Ach! Leben kann man schon.“

Ein bedauerliches Vorkommnis



Ist aus Landsberg zu meiden. Eine Dame von ohnehin
schwächlicher Konstitution geriet in die Hände der Schulz,
Klapproth und Genossen!

Aber jedes Semester die hohen Gebühren! Ich habe 150 Mark zu zahlen. 130 habe ich schon, aber die fehlenden 20 kann und kann ich nicht aufbringen. Ich bekomme jede Woche einen Mahnbrief: „Wenn sie bis dann und dann nicht zahlen, wird ihnen das Semester getrichen.“ Bei solchen Sorgen soll man nun Ruhe zu einer Dissertation finden!“

So geht es von Bude zu Bude. Man kann von diesen Studentenheimlern fragen, wen man will, allen geht es gleich. Ein 19jähriger prächtiger Kerl im blauen Wandervogelmittel klagte mir bitter:

„Wenn nur das erste Semester erst vorüber wäre! Da ist man vollkommen auf sich gestellt. Man muß sich erst ein Semester lang bewähren, ehe man der Unterstützung für würdig befunden wird. Im ersten Semester gibt es gar keine Hilfe, weder Freitischkarten, noch Gebührenerlaß, nicht einmal Darlehen, nicht—! Wenn man da nicht immer zuseht, daß man Arbeit bekommt, dann ist es aus. Neulich war ich am Stettiner Bahnhof, ich hatte mir zehn Pfennig für eine Bahnstichtkarte geliehen und war an den Heringsdorfer Zug gegangen. Dreimal habe ich gebeten, Koffer tragen zu dürfen.“ Er begann fast zu weinen. „Man hat mich mißtrauisch angesehen und einen Gepäckträger gerufen. Ein Herr mit Monokel drohte mir sogar mit der Polizei. Da konnte ich nicht mehr.“

So sieht der deutsche Werkstudent aus. Das war aus dem Leben einiger weniger. Aber so könnten Tausende ihre nottotele Geschichte erzählen. Jeder einzelne ein Held im Schatten!

Werkstudent. Man verbindet allgemein ein anderes Bild mit diesem Begriff. Man stellt sich jemanden vor, der neben seinem Studium noch eine geregelte und regelmäßige Arbeit hat. Es gibt auch solche Werkstudenten, aber im allgemeinen sind sie nichts als Gelegenheitsarbeiter, die mit Freuden jede sich bietende Verdienstmöglichkeit aufgreifen, sei sie auch noch so hart und gering. Denn man muß doch schließlich leben! Heute Postausheber, morgen Filmstatist, Schneeschipper, Ausschreiber auf Kummelplätzen, Sammler für die Ekener-Spende und Hilfsarbeiter. Das ist der Werkstudent! Und der große Arbeitsnachweis für diese Gelegenheitsarbeiter das ist das „Akademische Erwerbsvermittlungsbureau“ in der Dorotheenstraße. Man ist erstaunt, zu sehen, zu was Studenten nicht alles zu gebrauchen sind.

Einige Angebote:
„Ein Gut in Pommern sucht für die Ferien Studenten als Erntearbeiter gegen freie Verpflegung.“ (1) „Zu einem Baubestell in I. ein Klavierpieler gesucht. Entlohnung 1,20 Mark die Stunde.“

„Zeitungs-bureau sucht Ausschreiber täglich von 5—9 und 6—10 Uhr. Gehalt 80 Mark im Monat.“ (1) „Versicherungsgesellschaft sucht drei bis vier redigierbare Herren. Hohe Prozente!“ „Adressenschreiber gesucht. Adresse 2 Pf. das Stück.“ So geht es Tag um Tag. Und alle diese Angebote werden freudig und ohne Verbitterung angenommen. Wenn man nur einige Groschen in Aussicht hat, dann läßt man viele Dinge über sich ergehen, die man sich nicht gefallen lieh, wenn man auch nur einen Fünftelmarschein in der Tasche hätte.

Es doch da z. B. in einem Berliner Vorort am Scheidefeld, wo sich seit Jahren eine Reihe von Studenten ihr Brot verdienen, ein Inspektor, der früher einmal Unteroffizier gewesen ist, und sich heute eine Freude daraus macht, die ihm unterstellten Studenten als seine Rekruten zu behandeln. Da sitzen an einem Schießstand zwei Mediziner und unterhalten sich über „Pathologie und Therapie des Diabetes mellitus“, während sie mechanisch die Scheiben auf und nieder ziehen und die eingeschossenen Löcher mit Papierstücken zuschießen, während rings der Dreck von den einschlagenden Kugeln aufspritzt. Daneben schreibt einer Einfälle für seine Dissertation nieder. Schreitet dann der Herr Inspektor die Reihen ab, dann verschwinden alle diese Dinge für einen Augenblick, denn er kann es nicht leiden, wenn jemand in den von „ihm“ bezahlten Stunden für sich arbeitet.

Man bemüht sich, unter den Augen des Herrn Inspektors Dienst-eifer zu zeigen, das ist die einzige Antwort auf seine Ausfälle. „Denn man muß doch schließlich leben!“

Das ist der deutsche Werkstudent.
Und das die Surichenherrlichkeit von heute!

Mandelentzündungen.

Zur Herbstzeit häufen sich die Mandelentzündungen (Angina), deren Ursprung verschiedener Natur ist, je nachdem wird eine ansteckende und nicht übertragene Angina unterschieden. Als Typ der letzten Form, die also nicht auf einer Übertragung beruht, gilt die Erkältungsangina. Hier spielt die durch den Erkältungsreiz hervorgerufene Veränderung der Gaumenmandeln die entscheidende Rolle. Sie ermöglicht den auf den Mandeln stets vorhandenen, nicht ausgesprochen giftigen Bakterien aktiu zu werden und zu wuchern, so daß sie eine Entzündung hervorrufen können. Anders liegen die Dinge bei der durch Ansteckung erworbenen Angina. Hier bringen — wie z. B. bei der Grippeangina — die Krankheitserreger vielfach durch die Nase, Röhrlöhle, Mundhöhle ein; beim Scharlach können sie z. B. im Anschluß an eine Infektion an einer Scharlachleiche, durch die verletzte Haut in den Körper gelangen und wandern auf dem Blutwege zu den Mandeln, um sich an dieser ihrer Lieblingsstelle anzusiedeln und eine schwere Entzündung auszulösen. Beide Formen können übrigens auch ineinander übergehen; die mit dem Blut zu den Gaumenmandeln gelangten Keime stimmen das Organ um, so daß sich eine Selbstinfektion mit den stets auf den Mandeln vorhandenen Erregern entwickeln kann.

Bei der Erkältungsangina besteht die Vorbeugung in Zuführung von Hitze, heiße Wannenbäder, heiße Wärmflaschen, heiße Getränke mit und ohne Alkohol, fieberbekämpfende Mitteln wie Aspirin, Pyramidon, Arcanol und dergleichen können recht nützlich sein, um die im Anschluß an die Erkältung drohende Umstimmung der Mandeln zu verhüten und die Angina im Keim zu ersticken. Von den sogenannten bakterienlösenden Pastillen ist kaum eine wirksame Vorbeugung zu erwarten, weder gegen die Selbstinfektionsangina noch gegen die übertragbare Mandelentzündung. Auf keinen Fall sollten die Gesunden im Vertrauen hierauf die erforderliche Vorsicht anginaerkrankten Personen gegenüber außer Acht lassen. Wenn die Mandelentzündung zum Ausbruch gelangt ist, kommen teilweise die gleichen Maßnahmen in Frage wie bei der Vorbeugung. Der Wert der verschiedenen zum Gurgeln empfohlenen Mittel ist noch umstritten. Zur Linderung der Schluckbeschwerden läßt man Eisstücken im Mund zergehen und schluckt Speiseeis in kleinsten Portionen hinunter. Während die einen den warmen, feuchten Halsumschlag als wohltuend empfinden, bevorzugen andere kühle Umschläge, ja sogar eine Eisstrawatte. In vielen Fällen wird der Krankheitsprozeß durch Aspirin, Antipyrin, Pyramidon und dergleichen günstig beeinflusst, zumal wenn damit Schwitzprozeduren verbunden werden. Allerdings ist zu bedenken, daß diese Medikamente bei empfindlichen Personen unter Umständen recht unangenehme Begleiterscheinungen auslösen können und daher nur auf ärztliches Anraten eingenommen werden sollen. — Im übrigen können sich, obwohl die Angina im allgemeinen harmlos zu verlaufen pflegt, in Ausnahmefällen schwere Nachkrankheiten wie Gelenkrheumatismus, Blutvergiftung, Nierenentzündung usw. an eine Mandelentzündung anschließen. Die Kranken also werden auf daran tun, nicht allzu früh entgegen dem ärztlichen Rat das Bett zu verlassen, und werden am besten noch einige Zeit in ärztlicher Beobachtung bleiben.

Dr. M.

Ascania Nova, der Naturpark in der Ukraine. Im Herzen der Ukraine gibt es eine Sehenswürdigkeit, die ihresgleichen in Europa suchen dürfte: Es ist der große Naturpark Ascania Nova, der die verschiedensten Tierarten beherbergt und ein ausgezeichnetes botanisches Versuchsfeld darstellt. Bedeutende Zoologen und Botaniker sind für das bereits vor dem Kriege von einem Privaten begründete Unternehmen gewonnen worden. Eine Fläche von 600 Desjatinen Steppenland ist ausschließlich botanischen Versuchen vorbehalten. Der den Tieren zugewiesene Raum ist groß genug, daß sich seine Bewohner völlig frei wägen können, was die genaue Beobachtung ihrer ursprünglichen Lebensgewohnheiten ermöglicht. „Wo bin ich?“ schreibt der Berichterstatter der „Roten Zeitung“, der sich in Ascania Nova umgesehen hat. „Eine Schar wilder Antilopen jagt an mir vorbei. Ein großer schwarzer Strauch begegnet mir. Wilde Pferde und Zebras ergreifen bei meinem Anblick die Flucht. Mitten in der Steppe hat man einen herrlichen Park angelegt. Man wandert aus kühlem Schatten über blumige Wiesen; hier ist das Paradies der Vögel. Man glaubt, die gefiederten Bewohner tropischer Urwälder zu sehen. Vor mir flattert ein feuerroter Vogel auf. Aus dem von Bäumen umgebenen See schwimmen schwarze Schwäne. An den Norden mahnen nur große Scharen von Wildenten. In der Ferne sieht man die Flamingos in ihrer typischen Kubestellung. An dem Seeufer haben sich ganze Scharen von Ratten eingenistet, gegen die ein erbitterter Kampf geführt wird. Trotzdem vermehren sie sich mit unglaublicher Schnelligkeit und in bedrohlichem Maße; selbst hohe Prärien auf jedes vernichtete Tier haben sich bis heute als zwecklos erwiesen. Wir gehen weiter; plötzlich jagt eine Gruppe von Lamas in rasender Geschwindigkeit vor uns davon. Dort lagert eine Herde Antilopen, unbeweglich wie Statuen, mit angespannten Muskeln, als wollten sie im nächsten Augenblick aufspringen. Unser Führer warnt uns, den Tieren zu nahe zu kommen. Besonders gefährlich sei das Antilopenweibchen, das mit großer Sorgfalt seine Jungen schützt. Diese Antilopenart, erkärt uns der Führer weiter, ist für uns eine Art Edelwalua. Die ist fast ganz ausgestorben; man kann sie zu hohen Preisen von uns beziehen. Ein Tier ist seine 1500 Rubel wert. Oft tauschen wir diese Tiere gegen andere um. Die Antilopen verlieren den Winter sehr schlecht, während das Gnu, eine andere Antilopenart, sich mit der fälteren Jahreszeit besser abfindet. Nicht weniger geschätzt ist das wilde Przewalskier. In Ascania Nova befindet sich auch eine Wiesenziege, die die Erhaltung dieser Tiere anstrebt. Die Wiesen, die vor dem Krieg besonders zahlreich im Kaukasus vertreten waren, sind heute bis auf wenige Exemplare ausgefallen.“

